

Reichstag.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die zweite Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fort. In dem Genossen Hojmann-Saal fand ein lebhafter Verteidiger der Naturheilmethoden zu Wort. Er behauptete, daß ein Teil der Naturheilkundigen ihre Sache in wenig glücklicher Weise verteidigte. Das dürfe uns aber nicht hindern, die großen Gefahren dieses Gesetzes voll zu würdigen. Das Gesetz wolle die Kurierfreiheit beseitigen und gehe damit weit hinter die vor Jahrzehnten entstandene Gewerbeordnung zurück. Die demokratische Fraktion erinnerte Hojmann daran, wie sehr gerade ihre Vorjahren für die Aufrechterhaltung der Kurierfreiheit eingetreten seien. Auf die Frage, was aus dem zahlreichen Stände der Naturheilkundigen werden sollte, wenn sie durch dieses Gesetz brotlos gemacht würden, gebe der Gesetzentwurf sonderbarer Weise keine Antwort. Wenn zu Zeiten Christi schon ein solches Gesetz befohlen hätte, würde auch ihm die Heilung von Kranken unterjagt worden sein, und er wäre ins Gefängnis geworfen worden. — In sehr vornehmer und sachlicher Weise legte Professor Jadasohn von der Universität Breslau als Regierungs-Kommissar seinen Standpunkt dar. Es sei bei Infektionskrankheiten notwendig, möglichst frühzeitig die Infektionsquellen zu schließen. Die Ärzte müßten nach fünf bis sechsjährigem Studium ein Staatsexamen ablegen, ehe sie ihren Beruf ausüben können. Gewiß gebe es auch unter den Ärzten persönlich unzulängliche Elemente, aber die Unzulänglichkeit der Naturheilkundigen liege vielfach nicht nur an der Person, sondern ganz allgemein auch an der Unzulänglichkeit der Ausbildung. Die Schulmedizin habe auch von der Naturheilmethoden gelernt und lerne auch jetzt noch hinzu. Aber durch die wissenschaftliche Ausbildung seien die Ärzte den Naturheilkundigen weit überlegen. Harmlos sei Salvarsan nicht. Das gelte ebenso für die meisten Arzneimittel. Wenn aber in den letzten Jahren die Krankheits- und Todesfälle infolge der Einwirkung von Salvarsan sich vermehrt hätten, so führt er dies darauf zurück, daß nicht tabellarische Präparate des Salvarsans in den Handel gebracht worden seien, was sehr bedauerlich sei. Meryliche Eingriffe dürften unter allen Umständen nur mit Einwilligung der Kranken vorgenommen werden. Er hoffe, daß dieser Antrag angenommen werde und damit manchem Abgeordneten, der gegen Einzelbestimmungen des Gesetzes Bedenken habe, die Zustimmung in der Gesamtabstimmung erleichtert werde. — Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt. — Der Antrag Grafens wurde abgelehnt, dagegen wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der es dem Reichsministerium des Innern überlassen will, zu bestimmen, in welchen Fällen ärztliche Eingriffe nur mit Einwilligung des Kranken vorgenommen werden dürfen. Zum § 8 des Gesetzes beauftragte Genosse Grafen für die Behandlung der Leiden von Geschlechtskrankheiten, aus die eigentlichen Geschlechtskrankheiten, aus die Geschlechtskrankheiten zu erlauben, wenn dies unter der Voraussetzung der Erlaubnis eines Arztes geschieht. Beide Anträge wurden mit knapper Mehrheit angenommen.

Die Streikbewegung in Schlesien.

SPD. Hindenburg, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Streik läuft allgemein ab. Im Erzgebirge und Mittelschlesien ist die Wiedereröffnung der Arbeit, insbesondere in der Metallindustrie, am Donnerstag erneut um 50 % gestiegen. Insofern arbeiten in der Metallindustrie bereits am Donnerstag wieder weit über 50 der gesamten Beschäftigten. In diesem Rückgang der Streikbewegung haben die am Mittwoch in Glogau zum Beschluß gekommenen Lohnverhandlungen für die Eisenhütten nicht unbedeutend beigetragen. Während die müde Streikleitung im Verlauf der Verhandlungen aus einer 100 % ige Erhöhung der Löhne verlangte, gelang es den Gewerkschaften, eine durchschnittliche Erhöhung von 18 % zu erzielen. Der müde Streik hatte auf die Verhandlungen nicht den erhofften Erfolg. Insbesondere riefen die Gewerkschaften ihre Unzufriedenheit besonders darauf, für die Arbeiter, die in den Streik getreten waren, den Urlaub zu sichern. Ob dies gelang, ist fraglich. — Es ist zu erwarten, daß die müde Streikleitung in Anbetracht der allgemeinen Wiedereröffnung der Arbeit am Freitag zum Abbruch des Streiks aufrufen wird.

SPD. Breslau, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Landarbeiterstreik in Schlesien hat sich von der für die Streikenden ungenügenden Mittelschlesien aus, insbesondere an Im Landstrasse Reumark und in verschiedenen anderen Stellen Mittelschlesiens kam es zu Zusammenstößen zwischen den streikenden Landarbeitern und den durch die Unternehmern entsandten Selbstschützern, wodurch mehrfach Eingriffe der Polizei notwendig waren.

Gemäßigung der Lohnsteuer?

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, daß die Ermäßigungsstufen für die Lohnsteuer ab 1. Juli um das Fünftache erhöht werden. Danach würden für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 6000 Mk. im Monat, für jedes Kind je 4000 Mk. und zur Abschreibung für die Werbungsstellen 50 000 Mk. von der Steuer abgezogen sein. Das steuerfreie Einkommen eines Verheirateten mit zwei Kindern würde demnach 1 420 000 Mk. betragen. Zweck des dauernden Steigens der prozentualen Belastung des Lohnabzugs und der durch die rasende Geldentwertung bedingten starken Steigerung der Löhne im Sum und Salvi mußte diese starke Erhöhung beantragt werden. Daher sind alle Anwartschaften geübt, weil im Interesse der Arbeiterklasse der neuen Höhe die Geldentwertung von über das erwartete Maß hinausgegangen war.

Die Brotabgabe.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß am Donnerstag, als Abgabe zur Verbilligung des Brotes für die Bedürftigen das Sechstache der Zwangsanleihe zu erheben. Die Abgabe ist am 1. August zu zahlen. Für spätere Zahlungen wird ein Zuschlag entsprechend der Erhöhung des Zollaufgebotes nach dem 1. August erhoben. Die Sozialdemokratische Fraktion, deren Antrag auf Erhebung des Zehnfachen der Zwangsanleihe nicht durchkam, wird darauf dringen, die Abgabe so zu sichern, daß bei fortwährender Geldentwertung die Brotverbilligung unter allen Umständen sichergestellt wird. Ohne eine solche Sicherung wäre für sie das Gesetz nicht annehmbar.

Sicherung der Reallohne!

Die nachstehende Genehmigung aller arbeitenden Volksgenossen über das unzulänglich gewordene Verhalten der Reallohn hat den Reichstag des Reiches veranlaßt, erneut in eingehender Beratung über das Lohnproblem einzutreten. Nach Anträgen mit zahlreichen Delegationen aus dem Reich und Beratungen mit volkswirtschaftlichen Sachverständigen in der Reichsversammlung ist das Ergebnis gekommen, daß sowohl hinsichtlich der Lohnforderungen als auch der organisatorischen Voraussetzungen für die Lohnbewegung die Ermittelung der gewerkschaftlichen Sachverständigen auf die durch den Lohnstreik der Lohnbewegung einflussreiche Lage zugeht.

Die in den letzten Monaten unternommene Aktion der Stützung der Markt ist völlig gescheitert, da es die Reichsregierung unterlassen hat, neben der Intervention durch die Reichsbank auch die von den freien Gewerkschaften geforderten gesetzlichen Vorschriften gegen die Devisenpekulation und eine zentrale Bewirtschaftung der Devisen zu veranlassen. Abgesehen von diesen fehlenden Sicherungen ist aber die Stützungaktion ein Opfer der von maßgebenden kapitalistischen Kreisen geübten Sabotage geworden. Damit sind die letzten Dämme eingezissen, um die Markt als Wertmesser erhalten zu können, und es kann nunmehr auch den Lohn- und Gehaltsempfängern nicht mehr zugemutet werden, ihrem Arbeitseinkommen die Papiermarktrechnung zugrunde zu legen, während Industrie, Handel, Landwirtschaft und das Finanzkapital längst zur Rechnung in werthaltender Währung übergegangen sind.

Der Afa-Vorstand empfiehlt deshalb seinen angeschlossenen Verbänden, für die künftige Lohnregelung die Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens zu verlangen, wobei allerdings die heutigen Löhne verminderten Reallohn nicht als Ausgangspunkt angenommen werden können. Eine allgemeine gesetzliche Regelung, wie sie gelegentlich als altehrwürdige Lohnskala von anderer Seite gefordert worden war, lehnt der Afa-Vorstand nach wie vor ab, abgesehen von anderen Bedenken die Ablehnung des gewerkschaftlichen Lohnanspruches gegen eine rein gesetzliche Regelung bei den heutigen Verhältnissen ausfallen müßte. Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens ist vielmehr durch tarifvertragliche Regelung für die Dauer des Lohn- oder Gehaltsabkommens zu sichern.

Um in den Lohnbewegungen der Angestellten zu einer gesteigerten arbeitsrechtlichen Kraftentfaltung zu gelangen, hat der Afa-Vorstand den angeschlossenen Verbänden Vorschläge unterbreitet, durch die es ermöglicht wird, auf breiter Grundlage örtlich und zentral ein Zusammenwirken der einzelnen Organisationen zu erreichen, bei dem aber nach wie vor die Berufsverbände Träger der Lohnbewegung bleiben. Die besonderen organisatorischen Maßnahmen, mit denen vor allem auch eine Konzentration in der örtlichen Lohnbewegung erzielt werden soll, sind zurzeit Gegenstand der Beratung in den einzelnen Zentralverbänden. Mit den Ergebnissen dieser Beratungen wird sich eine Ausschussung des Afa-Bundes in den nächsten Tagen abschließend beschäftigen.

Der Bundesvorstand des ADGB hat sich in einer Sitzung am Mittwoch abend mit der Frage der Sicherung der Löhne gegen die Inflation durch Restriktion und Steuerung beschäftigt. Er beschloß, sich für die Sicherung der Löhne durch Restriktion und Steuerung der gewerkschaftlichen Lohnbewegung zu machen. Die Gewerkschaften werden durch diese Ausgestaltung der Lohnbewegung zu prüfen und durch Erörterung in der Arbeiterschaft eine Erklärung entgegenzunehmen. Eine endgültige Entscheidung über die Frage soll in der nächsten Bundesversammlung gefaßt werden.

Der „republikanische“ Reichswehrminister.

Man braucht sich heute nicht über nichts mehr zu wundern. Das trifft vor allem auf die Regierung Cuno und hier insbesondere wieder auf das Reichswehrministerium zu. Diese leitende Instanz der Reichswehr ist weniger groß in der Republikanisierung der ihr unterstellten Truppenteile, aber sie vertritt sich desto besser in der Beteiligung an monarchistischen Kundgebungen und im Demonstrieren. Am Donnerstag veröffentlichte die Reichswehr über die Aufhebung eines Reichswehr-Buchs in Magdeburg. Zu ununterbrochener Vermüdung herbei auch das Wehrministerium nicht unähnlich, diese Angaben vornehmlich zu behaupten. Über wenige Stunden später hat sich die genannte Instanz eines andern belassen. Sie kennzeichnete nicht jedes Wort der gleichen Mitteilungen, die zuerst ihre Veröffentlichung fanden, als außerordentlich übertrieben und harmlos. Zeit heißt dagegen, daß unsere Angaben resillos wurden, was sie geäußert worden sind.

Wir müssen gegen diese zweideutige Behandlung einer Angelegenheit, die von allgemeinem Interesse ist, uns auf das allerentschiedenste verhalten. Wenn Herr Gessler seine Anordnungen von heute ab morgen schon nicht mehr unterscheiden kann, dann sollte er endlich freiwillig dahin gehen, wo er hingehört. Sondernfalls braucht er sich jetzt nicht mehr über das Verhalten der republikanischen Wehrführung gegen ihn, sein Ministerium und einen Teil der Reichswehr zu wundern. Wer sich nicht selbst über die Reichswehrministerien innerhalb 24 Stunden, der hat jedes Recht auf Vertrauen vermisst.

Die Agrarier stellen Bedingungen.

Die ändern hungern.

Die Wochen nach der Übergabe der Antwortnoten der Agrarier auf das erste deutsche Angebot und acht Tage nach Veröffentlichung des deutschen Memorandums an die Entente-Mächte hat es der Reichsverband glücklich für notwendig gefunden, sich mit den französischen Kollegen Garantiefrage zu befassen und seine Vorstellungen in dieser Angelegenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wie man die Resolution des Reichslandbundes zu der Garantiefrage, dem wird diese Verhandlung verständlich. Rechte und Ansprüche Bedingungen werden als Voraussetzung für die Durchführbarkeit angesehen, ohne jedoch überhaupt zu sagen, in welcher Höhe die Zahlungen an die Entente von der Landwirtschaft zu leisten sind. Im Einverständnis laufen alle Forderungen darauf hinaus, die Reichsregierung der Agrarier über das Wohl der Reichslandbauern hinaus der Reichsregierung wieder herzustellen. Eine Forderung, die nicht zum letzten Ansehen Kampf für die Agrarier und Landwirtschaft des Reiches gehört, entschlossen ist, erfüllt nicht. Und gesagt werden soll nur, wenn das deutsche Volk durch die Zahlung endgültig von jedem militärischen und wirtschaftlichen Druck befreit wird. Gehört wird ferner nur, wenn ähnliche wirtschaftlichen Kräfte, gemeint ist insbesondere der Handel, der in diesem Zweck die Reichsregierung erhalten soll, als ein solches „Befreiungswort“ beifügen. Es klingt wie eine Ironie, wenn der Reichsverband erklärt, daß er nur in dem Maße zahlen will, als dadurch keine Gefahr des Hungers für das deutsche Volk entsteht, eine Ironie umso mehr, als infolge der Geldentwertung des Reichsbundes schon heute hunderttausende von Reichsgenossen hungern. Die agrarische Geisteshaltung, die vor einem bombastischen Ansehen nicht aus der Welt geschafft werden kann, zeigt sich schon darin, daß man für Garantieforderungen Gegenleistungen in Form einer Steuererhöhung verlangt, die die Landwirte in der Abhängigkeit der Reichsregierung über die Garantiefrage ist. Mehr kann man nicht verlangen. Wie können den Landbauern mit bedingten, das es wirklich nicht „materielllicher Geld“ vom Erlöse der Reichs, Reichshaus und Genossen ist, der sie veranlaßt hat, Garantieforderungen zu verlangen und Bedingungen zu stellen, deren Erfüllung in einem großen Teil nur nicht von dem Reichsverband selbst abhängt, und wie können ihm dieser bedingten, daß keine Garantieforderung hinter seiner unzulänglichen Befähigung nicht zurückbleibt.

Uebertreibung.

In der bayerischen Presse erregt es großes Aufsehen, daß eines der größten Monopole der westdeutschen Industrie, die Rhein-Elbe für Bergbau und Hüttenbetrieb, durch eine Veräußerung des Aktienkapitals durch Konzeption von Aktien, die

ausschließlich an holländische Interessenten vergeben werden sollen, fast vollständig unter den Einfluß des holländischen Kapitals gebracht wird. Die Phönix N.-G. gehört zu dem bekannten Konzern Otto Wolff. Sie hat schon bisher viel mit ausländischem Kapital gearbeitet. Die Erregung der bürgerlichen Presse über den Vorgang ist nicht recht verständlich, nachdem die bürgerlichen Parteien selbst gegen die Uebertreibung des deutschen Grundbesitzes nicht genug getan haben, aus Furcht, daß eine Art Zwangswirtschaft herauskommen könnte. Allerdings ist an dieser Transaktion auffällig, daß man den Holländern durch die Kapitalerhöhung ein wertvolles Bezugsrecht aushändigt, dessen Wert auf 1500 Milliarden Papiermark berechnet wird.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

Doppelprozeß der bayerischen Behörden.

SPD. München, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Das heutige Verhandlungsergebnis war politisch von außerordentlichem Interesse, vor allem deswegen, weil es klare Anhaltspunkte für staatspolitische Umtriebe gab, die mit der Regierung Kahr in engstem Zusammenhang stehen.

Aus dem bisherigen Ergebnis des Prozesses wissen wir, daß Fuchs seit dem Herbst 1920 in nahe und vertrauliche Beziehungen zu dem damaligen Polizeipräsidenten Pöcherer, einer Hauptstütze des Kahr-Regiments, getreten war. Durch eine heute erfolgte Aussage des Fuchs wurde diese Kenntnis dahin ergänzt, daß Pöcherer den Fuchs auch genau informiert über die politischen Strömungen in der Reichswehr, und zwar dahingehend, daß innerhalb der Reichswehr, vor allem der in Bayern stehenden Formationen, im wesentlichen ein aktivistischer Geist herrsche. Durch das nun heute erfolgte Auftreten des Zeugen Oberamtmann Frid, der bekanntlich unter Pöcherer die Leitung der politischen Polizei in München ausschließlich nach rechtsradikalen Gesichtspunkten handhabte, erfährt man nun etwas Näheres über die Intimität der Beziehungen Pöcherer-Fuchs, Frid mußte bestätigen, daß Fuchs im Herbst 1920 sehr oft zu Pöcherer und zu ihm gekommen sei, wo in vielen Ausreden immer wieder die gemeinsame Ansicht dieser drei Herren feststellbar wurde: „Abneigung gegen das jüdische und sozialistische Berlin“. Daß es nicht bloß bei dieser theoretischen Ansicht blieb, sondern daß man praktisch nach München und wegen jenseitiger Kampfe gegen Berlin, bewies eine gemeinsame Reise dieser Herren in jener Zeit nach Wien zum dortigen reaktionären Polizeipräsidenten Schöber, um Richtlinien und ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung des Bolschewismus aufzustellen. Wer die Prinzipien der bayerischen Staatskunst kennt, findet es ganz selbstverständlich, daß Oberamtmann Frid kurz vor seiner Vernehmung von seiner Behörde besonders auf seinen Dienst aufmerksamer gemacht wurde, wie er selbst angab. Er weigerte sich deshalb auch, über alle diese Dinge, mit denen er offenbar sehr vertraut ist, näheren Aufschluß zu geben. Eine weitere Feststellung auf Grund des Prozesseergebnisses!

Die besondere Vorliebe, die das offizielle Frankreich für Bayern unter der Regierung Kahr gefaßt hat, ist durch eine Reihe von Tatsachen festgestellt. Nun hört man plötzlich, daß Fuchs schon seit längerer Zeit zusammen mit Wittinger und dem Grafen Soden französische Beziehungen pflegte und politische Bindungen nach Paris unterhielt, und daß er dort mit offiziellen Persönlichkeiten, die ihm besonders vertrauten, An- und Absichten des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht eingehend erörterte. Wir erinnern hier an die eigene Charakterisierung von Fuchs' Pariser Reise „Mission von Souverän zu Souverän“. Betrachtet man in diesem Zusammenhang eine Rede des Präsidenten des bayerischen Ordnungsausschusses, die dieser in einer vertraulichen Ausschussung im November 1921 gehalten hat, in der es hieß: „Tatsächlich sind seit geraumer Zeit inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern im Gange und gleichzeitig befristet man sich mit Titel und Salzburg, um durch einen Anschlag dieser Länder in Bayern einen jenseitigen militärischen wie wirtschaftlichen Machtzuwachs zu erzielen. Hand in Hand damit gehen die Strömungen, die Monarchie in Bayern wieder einzuführen.“ — Betrachtet man also diese Dinge in dem notwendig einheitlichen Rahmen, in den sie allein schon der Zeit wegen gehören, so liegt für jeden der politische Zusammenhang offen zutage.

Der Zeuge Maatz sprach dieser Tage mit seinem politischen Empfinden vom dem Herrn Röhert als einem Krankheitsregler, der schon im Jahre 1921 im Blutkreislauf Bayerns vorhanden war. Dieser Krankheitsregler als solcher war aber schon damals den obersten bayerischen Behörden bekannt; denn unter Eid sagte heute derselbe Zeuge Maatz: „Wir waren schon im November 1921 inoffizielle Absichten bekannt, die auf Aktionen oder Bereitwilligkeit zu Missionen schließen lassen, und ohne daß ich substantiierte Unterlagen dafür gewinnen konnte, waren mir dabei außerpolitische Zusammenhänge oder mindestens Erwägungen gegeben. Ich habe damals nach Rücksprache und im Einverständnis mit dem damaligen und jetzigen Staatskommissar Gareis in Nürnberg-Fürth private Bekannte von mir (bayerische Staatsangehörige), die sich in Reichstellungen befinden, aufmerksam gemacht und weiß, daß daraufhin maßgebende Reichs- und Landesstellen orientiert worden sind. Der schon einmal in der Verhandlung getreffe Brief an Minister Schweyer gibt hierzu die weitere Erläuterung. Die Namen Fuchs, Machhaus und Röhert hiermit auch nur in losestem Zusammenhang zu bringen, hätte ich damals keinen Anlaß, muß es aber jetzt nach dem derzeitigen Stand meiner Kenntnisse, insbesondere nachdem ich von dem Versuch des Fuchs 1921, Röhert zu lancieren, erfahren habe, doch tun.“

Wir erhalten also immer neue Befestigungen, daß die zuständigen Behörden schon seit Jahr und Tag von all den Dingen, die heute leider nur teilweise die Grundlage des vorliegenden Hochverrats bilden, mehr oder weniger genau Kenntnis hatten. Da muß sich doch jeder halbwegs vernünftige Mensch mit Recht fragen: Warum ist trotzdem von seiten der Behörden gegen diese französischen Umtriebe nichts, aber auch rein gar nichts geschehen? Wie ist es denn überhaupt möglich, daß bis zur Stunde der Aktion weder der Polizeiminister und der Polizeipräsident von München ein Sterbenswortchen von Röhert und seinen bayerischen Freunden wußten? Derselbe Polizeiminister, der bereits unter Kahr Staatssekretär des Innern war und von dem man annehmen muß, daß er mit den staatspolitischen Methoden und Prinzipien seines damaligen Herrn und Meisters wohl vertraut war? Oder vermag es einer dieser früher oder noch regierenden Herren, die heute erfolgte eidliche Aussage des Zeugen Rautier Lügen zu heißen, die lautet: „Das gesamte Material, das zur Aufdeckung dieser Hochverratsaffäre beigebracht wurde, stammt von uns vier Hauptzeugen, und nur durch unsere Tätigkeit war es möglich, den Umtrieben des Franzosen Röhert, der nachgewiesenermaßen seit zwei Jahren unter Verdacht steht, ein Ende zu machen.“

Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag mit 226 Stimmen der Regierungsparteien gegen 64 Stimmen der Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Gen. Severing ab. 9 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Verein sozialistischer Ärzte Deutschlands hielt in diesen Tagen eine öffentliche Tagung im Berliner Rathaus ab. Besonders eingehend wurde dabei das aktuelle Thema „Ärzte und Krankenkassen“ behandelt.

Gen. Dr. Epstein-München war dabei Hauptreferent. Die Sozialisierung des Heilwesens bildet für uns das erstrebenswerte Ziel, dadurch werden Ärzte und Krankenkassen zu einem geschlossenen Ganzen vereinigt. Auf Seiten der Ärzte fehlt hierfür aber noch die psychologische Einstellung, da die bürgerlichen Ärzte in einer Individualwirtschaft ihr Ideal erblickten. Trotzdem muß es im Interesse der Volksgesundheit zu einer Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen kommen. Für die Ärzte muß eine Beseitigung der Erwerbslosigkeit durch zeitgemäße Bezahlung erfolgen, dadurch wird auch der „minderwertigen Krankheitsarbeit“ infolge der Bonusjagd vorgebeugt. Die Kuppel des Versicherungsgebäudes muß

Die allgemeine Volksversicherung

bilden, die alle Staatsangehörigen umfaßt. Dann muß auch der Arzt aus seinem veralteten Zwergbetriebe, und es müssen große Behandlungshäuser, ähnlich den Polikliniken, errichtet werden.

Zweiter Redner war Reichstagsabgeordneter Genosse Prof. Dr. Grotjahn. Er stellte folgende Forderungen auf: Die Zersplitterung im Krankenkassenwesen ist durch Zusammenfallen in Kreis- und Stadtkrankenkassen zu beseitigen. Die Kassenärzte treten in ein beamtenähnliches, gesetzlich geregeltes Verhältnis zu den Krankenkassen oder besser zu Arbeitsgemeinschaften, die von den Krankenkassen und Kommunalverwaltungen zu bilden sind, sie üben im Verein mit den Krankenhausärzten und Hilfsärzten gruppenweise und gemeinschaftlich die Krankenpraxis aus, und zwar in Räumen, die sich an Kassenlokale, Krankenhäuser, Ambulatorien, Unfallstationen, Fürsorgestellen und sonstige der Gesundheitspflege dienende Anstalten anschließen. Zur Befriedigung der für manche Krankheiten, besonders psychischer Art, und manche Kranke

Berechtigten Bedürfnisse nach freier Arztwahl

steht dem Kassenmitglied das Recht zu, in jedem einzelnen Fall eine Barablösung der Verpflegung der Kasse zur Vierung von ärztlicher Hilfe und Heilmittel zu verlangen. Jeder Arzt soll für einen Teil seiner Tagesarbeit in einem an eine Krankenkasse, Krankenhaus, Fürsorgestelle, Unfallstation oder sonstige der Gesundheitspflege dienenden Anstalt festgebundenen Dienstverhältnis stehen, für einen anderen Teil des Tages aber auch das Recht besitzen, freie Praxis auszuüben.

Der nächste Redner war Genosse Dr. med. Karl Kautsky-Wien, der über

Die Verhältnisse in Wien

aus der Praxis sprach. Von den 1 1/2 Millionen Einwohnern sind 1 1/2 Millionen in Krankenkassen, von den 4000 Ärzten sind 1000 mit ihrem Einkommen von den Kassen angestellt. Die restliche halbe Million Einwohner kann nicht die 3000 frei praktizierenden Ärzte ernähren, und diese sind durch die Not so müde geworden, daß sie sich zu Hunderten um eine frei gewordene freie Kassenarztstelle bewerben. Ganz besonders kommt noch die allgemeine Verarmung dazu, die vielfach schon bei uns eine ärztliche Behandlung zu einer Luxusausgabe macht. Die allgemeine Not sowohl der Bevölkerung wie der Ärzte wird noch durch das Diktat des Böhmerlandes verstärkt. Der verlangt, daß noch in diesem Jahre 100000 Staatsbeamte auf die Straße gesetzt werden, die dadurch aus der Krankenversicherung ausscheiden. Redner geht noch auf die Vorteile der fixierten und freien Kassenärzte ein. Die fixierten Kassenärzte sind materiell sichergestellt, erlauben sich aber sehr häufig eine Art preußischer Revierbehandlung. Die freien Kassenärzte arbeiten aber, um ihre Bonuszahl zu erhöhen, zusammen, indem sie sich gegenseitig Patienten zuschieben. Zum Schluß sagte Genosse Kautsky, daß nicht zuletzt die Notwendigkeit wäre, wegen des kläglichen Standes der Volksgesundheit, aber es fehlen die Mittel, die brackigsten Kräfte nützlich für die Allgemeinheit zu verwerten. Die technische Unzulänglichkeit der Einzelbehandlung wurde von ihm gleichfalls bemängelt.

Der nächste Referent war Genosse Hippolyt Knack-Hamburg, Mitglied der Bürgerchaft. Der Inhalt seiner Ausführungen ergibt sich am besten aus seinen Leitfäden: Grundlage des Gesundheitswesens bilden die staatlichen und kommunalen Organisationen und die durch die Sozialversicherung geschaffenen Einrichtungen. Ziel ist die

Übernahme des gesamten Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb.

Drei Soldaten.

Roman von J. J. J. J.

Aus dem amerikanischen Manuskript überf. von Julian Gumpert. (Nachdruck verboten. Der Militär-Verlag, Berlin.)

22. Fortsetzung.

Sie gingen schweigend zur Stadt. Der Abend war silberdialekt. Die wenigen erleuchteten Fenster der alten, grau-grünen Häuser warfen ein orangefarbenes Licht auf den Weg. Ein Wagen des Stabes schob vorbei, bespritzte sie mit Schmutz. Sie sahen im Vorüberfahren Offiziere, die sich tief in die Kissen zurückgelehnt hatten.

Sie hatten den Marktplatz erreicht. Sie grüßten stumm, als zwei Offiziere sich an ihnen vorbeischieben.

„Wie sind die Bestimmungen, wenn einer ein französisches Mädchen heiraten will?“ kam Juselli plötzlich heraus.

„Haft dich wohl einfangen lassen?“

„Nein.“ Juselli war ganz rot geworden. „Wollte nur so mal wissen.“

Sie hatten vor dem Gemüseladen Halt gemacht. Juselli sah durch das Fenster hinein. Der Laden war voller Soldaten. Zwischen ihnen sah Nonne und strickte.

„Wollen erst mal gehen, was trinken und dann zurückkommen.“ sagte Juselli.

Sie gingen zu dem Kaffee, wo Marie mit den weißen Armen war. Juselli bezahlte für zwei heiße Punsch.

„So, Sergeant“, sagte er vertraulich. „Ich schreie allen meinen Leuten zu Hause, daß ich Korporal sei. Es würde ne ekelhafte Geschichte sein, wenn man mich nun tatsächlich nicht befördern würde.“

Der erste Sergeant trank das heiße Getränk in kleinen Schlucken herunter. Ein breites Lächeln ging über sein Gesicht, und er legte seine Hand väterlich auf Jusellis Knie. „Brauchst dich nicht drum zu sorgen. Ich bringe die Geschichte in Ordnung“, sagte er. Dann fügte er jovial hinzu: „Wollen jetzt mal sehen und dein Mädchen angucken.“

Sie gingen in die dunklen Straßen hinaus. Der Wind hatte den kalten Duft des Frühlings, trotz des Geruchs von Karbid. Nonne sah unter der Lampe im Laden, ihre Füße auf einer offenen Kiste, und gähnte gelangweilt. Nonne sprang auf, als Juselli und der Sergeant die Tür öffneten.

„Du bist gut“, sagte sie. „Je mourrais de cafard.“ Sie lachte.

„Du weißt, was das heißt: cafard?“

„Sicher.“

„Avant la guerre, on ne savait pas, ce que c'était le cafard. Der Krieg bringt nichts.“

„Schmück, nicht“, sagte Juselli zum ersten Sergeant. „Man kann sich gar nicht ausmalen, wie der Krieg aussieht.“

„Sorg dich nicht darum. Werden schon alle noch an die Front kommen“, erwiderte der Sergeant.

„Das ist der Sergeant, Nonne“, stellte Juselli vor.

Die Erreichung des Zieles ist abhängig von der Umstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in das sozialistische. Für die Zwischenzeit ist die Durchführung der Demokratisierung der Gesundheitsverwaltung in Reich, Ländern, Städten und Gemeinden zu erstreben. Die Mängel der jetzigen Krankenversicherung beruhen in der Zersplitterung der Krankenversicherung, in dem an Schärfe zunehmenden Gegensatz zwischen Ärzten und Krankenkassen und der mangelnden Reife großer Kreise von Versichererten für die Bedeutung der Sozialversicherung. Dazu kommt, daß auch bei unseren politischen Führern noch vielfach nicht das rechte Verständnis für die politische Bedeutung des Gesundheitswesens vorhanden ist. Nur allmählich begegnet man auch in unseren politischen Kreisen der Auffassung, als sei das Gesundheitswesen etwas Unpolitisches, von der Parteipolitik Unabhängiges.

Volkswirtschaft.

Die Aktienhaufe.

Noch bis vor kurzem berieten sich Aktienbesitzer und Banken darauf, daß die Kurse der deutschen Aktiengesellschaften wesentlich hinter dem Vorkriegsstand zurückbleiben, wenn man sie in Gold umrechnet. In der letzten Zeit zeigt sich aber immer deutlicher, wie die Aktienkurse mit wachsender Schnelligkeit der Steigerung des Dollars nachstreben. Der Index der „Industrie- und Handelsztg.“ ergibt z. B., daß die Kurse von 140 Aktien in der Zeit von Anfang März bis zum Anfang Juni auf mehr als das Vierfache gestiegen sind. Sie stellen sich jetzt auf das 83fache des Vorkriegsstandes. Berücksichtigt man, daß in der Zwischenzeit eine große Zahl von Kapitalverwärtungen stattgefunden hat, so bleiben die gegenwärtigen Kurse auch in Gold hinter dem Vorkriegsstand nicht mehr wesentlich zurück. In der letzten Zeit jedenfalls haben sich die Aktienkurse genau mit dem Dollarkurs auf das Vierfache des Standes von Anfang März erhöht. Die Preisagio an den Geldstand tritt noch mehr hervor, wenn man diejenigen Aktiengruppen ansieht, die infolge der Eigenart der Konjunktur am Baumarkt nach dem Kriege im Kurse zurückblieben müßten, also Hypothekendarlehen, Terraingesellschaften und ähnliche Unternehmen. Dann ist die Steigerung des durchschnittlichen Kursniveaus noch bedeutend größer. Besonders auffallend ist die Kursentwicklung der Montanwerte. So sind die Aktien von 16 Eisenbergwerken und Hütten seit Anfang März auf mehr als das Siebenfache gestiegen. Die von 12 Kohlenbergwerken auf mehr als das Fünffache. Die Eisenerzwerke, die so wenig zur Steuer herangezogen werden, haben also in der letzten Zeit wieder ganz enorme Gewinne erzielt.

Die deutsche Maschinenausfuhr im Jahre 1922.

Nach dem Geschäftsbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, betrug die Maschinenausfuhr im Jahre 1922 bei einer jährlichen Gesamtverzeugung von 2-2,5 Millionen Tonnen rund 491 000 Tonnen. Dieser Ausfuhr stand eine Maschineneinfuhr von rund 10 700 Tonnen gegenüber. Die Maschineneinfuhr Deutschlands betrug demnach rund 2 Prozent der Maschinenausfuhr, ein Zeichen dafür, daß der deutsche Maschinenbau in der Lage ist, den Bedarf Deutschlands an Maschinen fast reiflos zu decken. Die Schwierigkeiten der politischen und wirtschaftli-

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Juni.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	14. Juni.	13. Juni.
Amsterdam	1 fl. 42792,50	38538,—
Brüssel (Antwerpen)	1 fr. 5885,—	5406,—
Kristiania	1 Kr. 17955,—	16259,—
Kopenhagen	1 Kr. 19451,—	17306,50
Stockholm	1 Kr. 28428,50	26084,50
Helsingfors	1 finn. Mk. 2892,—	2693,—
Rom	1 Lire 4987,50	4518,50
London	1 £ 38757,—	458862,—
Newyork	1 Dollar 107730,—	98503,—
Paris	1 Frs. 6788,—	6244,—
Zürich	1 Frs. 19201,50	17605,50
Madrid	1 Pesetas 16710,40	14643,—
Wien	100 Kr. 150,87	136,90
Prag	1 Kr. 8172,—	2937,50
Budapest	1 Kr. 18,46	12,56

chen Lage Deutschlands haben auch den Maschinenbau schwer beeinträchtigt, der Auftragsengang ist immer härter zurückgegangen. Der Grund hierfür liegt in der gesunkenen Kaufkraft besonders der durch den Krieg zusammengebrochenen Länder, in der wirtschaftspolitischen Anechtung Deutschlands durch das Versailler Friedensdiktat, in der politischen Abschnürungspolitik zahlreicher Länder, besonders der Siegerstaaten und in dem Entfachen ausländischer Maschinenindustrien unter dem Einfluß des Krieges und einer stark protektionistischen Wirtschafts- und Handelspolitik in der Nachkriegszeit.

Bermischte Nachrichten.

Fünf Arbeiter verschüttet. Bei einem Kanalbau in der Bogenstraße in Bortrop gaben plötzlich die Erdwände nach. Fünf Arbeiter wurden von den Erdmassen verschüttet. Vier von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Arthur Zidler scheidet dem „Vorwärts“ auf Grund des § 11 des Preßgesetzes folgende Berichtigung:

Entgegen der Behauptung in Nr. 270 des „Vorwärts“ stelle ich fest, daß ich weder Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, noch Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden bin.

Das Bemerkenswerteste an dieser Berichtigung scheint zu sein, daß Zidler nicht behauptet, noch Mitglied der Partei zu sein und ihr weiter anzugehören zu wollen, und daß er nicht bestritt, für die „D.A.Z.“ unter dem Namen „Florian Geyer“ Aufsätze zu schreiben, die seiner Uebersetzung von gestern ins Geheiß schlugen. Wäre Zidler noch Parteigenosse und das Opfer einer Verleumdung, so hätte er bessere Mittel, sich reinzuwaschen, als eine preßgesetzliche Berichtigung.

Kälteferien im Juni. Sonst pflegt es im Juni schon so heiß zu sein, daß die Schulkinder wegen der Hitze frei bekommen. In diesem Jahre des kalten Frühlings ist der absonderliche Fall zu verzeichnen, daß Schulkinder keinen Unterricht wegen der Kälte haben. Aus Hagen wird darüber gemeldet: Die Schulkinder mußten hier der Kälte wegen noch Hause geschickt werden, da ein längerer Verweilen in den Klassenräumen unmöglich war. Eine Inbetriebnahme der Zentralheizungen war nicht möglich wegen der hohen Kosten.

Das größte Schwimmbad der Welt, das Deutschland in Ausführung des Versailler Vertrages an England abgeliefert hat, soll nach Singapur transportiert werden. Seit mehreren Monaten sind 600 Arbeiter damit beschäftigt, dieses Bad, das teilweise unbenutzbar war, in der Werft von Chatham zu reparieren.

Blinde Passagiere. In dem aus Havana in einem amerikanischen Hafen eingetroffenen Dampfer „Santa Teresa“ sind von 9 blinden Passagieren, die sich in den Kohlenbunkern verborgen hatten, fünf erstickt, die übrigen vier wurden der Einwanderungsbehörde übergeben. Zwei davon sind erstickt ertränkt.

Die gestohlene österreichische Kaiserkrone. Die in diesen Tagen in Paris erfolgte Verhaftung des ehemaligen Vermögensverwalters der österreichischen Kaiserfamilie, Steiner de Palmon, wird sehr bald zu einem interessanten gerichtlichen Nachspiel der österreichischen Kaisertragedie führen. Die Schweizer Behörden hatten die Verhaftung veranlaßt und die Auslieferung beantragt, nachdem Erzherzog Max als Vertreter der kaiserlichen Familie bei den Schweizer Behörden den Nachweis geführt hat, daß Steiner seine Stellung mißbraucht hat, um den verstorbenen Kaiser systematisch auszurauben. Es ist festgestellt worden, daß Steiner, der ursprünglich verarmtes war, mit den Geldern, um die er den Erzherzog betrogen hat, monatlang in der Schweiz ein luxuriöses Leben geführt hat. In den Akten gegen Steiner befindet sich unter anderem die Schilderung einer äußerst charakteristischen Szene. Eines nachts ließ Steiner, höchstens angezogen, in einem Züricher Hotel umher und trug auf seinem Kopfe die Kaiserkrone des habsburgischen Hauses, aus der er allerdings bereits eine Reihe der wertvollsten Juwelen ausgebrochen hatte. Gleichzeitig hat sich Steiner nach wegen einer Reihe anderer Straftaten in der Schweiz zu verantworten, beispielsweise wegen mehrerer raffinierter Fälschungen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Penikese Herrmann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

„Oui, oui, je fais“, antwortete die und lächelte den Sergeanten an.

Sie saßen in dem kleinen Zimmer hinter dem Laden, tranken weißen Wein und sprachen so gut sie konnten mit Nonne, die in ihrem schwarzen Kleid und blauer Schürze auf der Erde eines Stuhles lag, ihre Füße fest zusammengepreßt, und dann und wann auf die Sitzreifen am Nerkel des Sergeanten schaute.

Juselli ging vertraulich vorsehend in den Gemüseladen hinein und rief die Tür zum inneren Zimmer auf. Sein Pfeifen hörte plötzlich auf.

„Hallo“, fragte er beunruhigt.

„Hallo, Korporal“, antwortete Eisenstein.

Eisenstein und sein französischer Freund, ein schmachtiger Mann mit schwarzem Bart und brennend schwarzen Augen und Stockton, der junge Mann mit dem freudigen Gesicht, saßen am Tisch, sprachen vertraulich und scherzten mit Nonne, die neben dem Franzosen lag und alle ihre kleinen Perlenzähne lachend zeigte. In der Mitte des dunklen Eichenbühens stand ein Tisch mit zwei Stühlen und einige Gläser, in denen Wein gemischt war. Der Duft der Hyazinthen schwebte im Zimmer, mit einem schwachen, warmen Geruch aus der Küche vermischt. Nach kurzem Zögern setzte sich Juselli. Er wollte warten, bis die anderen weggehen würden. Es war lange nach dem Wöhnungstage, und seine Taschen waren leer; so konnte er nirgend wo anders mehr hingehen.

„Wie behandelt man dich jetzt?“ fragte Eisenstein Stockton nach einem Schweigen.

„Genau wie immer“, sagte Stockton mit seiner dünnen Stimme ein wenig flötend.

„Manchmal wünsche ich, ich wäre tot.“

„Sm.“ sagte Eisenstein, einen leikamen Ausdruck des Verlebens auf dem Gesicht.

„Eines Tages werden auch wir wieder Zivilisten sein.“

„Ich nicht“, meinte Stockton.

„Meinst“, sagte Eisenstein. „Du mußt die Oberlippe steifhalten. Ich dachte auch, ich würde sterben auf dem Transport zur See, und als ich klein war und mit den Emigranten aus Polen hinüberging, dachte ich auch, ich werde sterben. Der Mensch kann mehr aushalten, als man so denkt. Habe nie gedacht, daß ich es aushalten könnte, in der Armees zu sein, wie ein Sklave behandelt zu werden und all das andere. Und doch bin ich noch hier.“

„Rec, du wirst schon lange leben und noch viel Erfolg haben.“

Er legte seine Hand auf Stocktons Schulter. Der Junge fuhr zusammen und zog seinen Stuhl weg.

„Warum hast du das? Ich will dir nicht wehtun“, sagte Eisenstein.

Juselli sah sie beide mit Verachtung an.

„Ich werde dir sagen, was du tun mußt“, meinte er herablassend. „Sag dich zu unserer Kompanie versehen. Nicht, Eisenstein? Wir haben nen anständigen Chef, nen netten Sergeanten und ne Menge andere gute Kerls.“

„Der Sergeant war vor einigen Minuten hier“, sagte Eisenstein.

„So?“ fragte Juselli. „Wo ist er hingegangen?“

„Weiß nicht.“

Nonne und der Franzose sprachen leise miteinander und lachten dann und wann. Juselli lehnte seinen Stuhl zurück, sah sie an und wünschte sich, daß er genug französisch könnte, um zu verstehen, was sie sprachen. Er fragte mit den Fingern ärgertlich auf dem Boden hin und her. Seine Augen fielen auf die weißen Hyazinthen. „Wie ich diese verfluchte Pflanze hier habe“, murmelte er zu sich selbst. „Er dachte an Nonne und machte mit den Lippen ein Geräusch.“ „Na, die wird jetzt schon verheiratet sein.“ Nonne, das war ein Mädchen für ihn, wenn er die nur für sich haben könnte, irgendwas weit weg von den anderen, diesem verfluchten Franzosen und ihrer alten Mutter. Er dachte, wie er mit Nonne ins Theater gehen würde. Wenn man Sergeant ist, kann man sich das ganz gut leisten. Er zählte die Monate. Es war März. Nun war er schon fünf Monate in Europa, und er war immer noch nur Korporal, und das noch nicht einmal ganz. Er hatte die Hände vor Unabebuld. Dann beugte er sich hinüber und schnüffelte laut an den Hyazinthen herum. „Riechen gut“, sagte er, „que diton vous, Nonne?“

Nonne sah ihn an, als ob sie vergessen habe, daß er im Zimmer sei. Ihre Augen blinnten ihm groß an, und sie brach in ein Lachen aus. Ihr Blick hatte ihn warm gemacht, und er lehnte sich in seinen Stuhl zurück, sah ihren schlanken Körper mit einem behaglichen Gefühl des Bestehens an.

„Nonne, komm mal hier rüber“, sagte er.

Sie sah von ihm provozierend auf den Franzosen, dann kam sie und stand hinter ihm.

„Que poulez vous?“

Juselli warf einen Blick auf Eisenstein. Der und Stockton waren wieder in unangenehmer Unterhaltung mit dem Franzosen. Juselli hörte jenes unangenehme Wort, das ihn immer wütend machte, er wußte nicht, warum: Revolution.

„Nonne“, sagte er so, daß nur sie es hören konnte. „Was würdest du dazu sagen, wenn wir beide uns heirateten?“

„Marie, moi et toi?“ fragte Nonne ganz verwundert.

„Wi, wi.“

Sie schaute ihm einen Augenblick in die Augen. Dann warf sie den Kopf zurück und brach in ein krollendes Gelächter aus. Juselli wurde rot, hand auf und schlug die Tür hinter sich zu, daß die Scheiben klirren. Er ging eilig zum Lager zurück, wurde unterwegs von den grauen Luftkraftwagen, die ihren Weg langsam durch die Hauptstraße hindurchstrickten, mit Schlämmen bespritzt. Die Baracken waren dunkel und fast leer. Er setzte sich an das Fuß des Sergeanten und wandte mürrisch die Seiten der kleinen, blau gebundenen Heeresordnung um.

Das Mondlicht glitzerte im Brunnen, der auf dem Marktplatz der Stadt lag. Es war eine warme, dunkle Nacht mit schwachen Wolken, durch die der Mond gleich hindurchschien, wie durch einen dünnen, ledernen Balaklin. (Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Das Geleb- u. Verordnungsblatt
der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 42 vom
15. Juni 1923 enthält:

(2965)
Nachtrag zu der Verordnung über Sonntags-
ruhe im Photographengewerbe vom 2. Mai 1919
S. 225. — Zweiter Nachtrag zu der Bekannt-
machung vom 27. Januar 1923, betreffend Er-
höhung des Hafens- und Lotsenabtes. S. 226.

Höchstpreis für Vollmilch

ab 16. Juni 1923 1940.— Ml. je Liter. Bei
festgelegte Preis ist Höchstpreis im Sinne des
Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitungen werden auf
Grund der Preisstreckverordnung bestraft.
Lübeck, den 15. Juni 1923. (2998)
Das Landesversorgungsamt.

Zufuhrangabe vom 16. Juni bis 30. Juni
auf Abschnitt V der Brotkarte 1500 Gramm zum
Preis von M. 1490.— für 500 Gramm Weizen,
M. 1520.— für 500 Gramm Roggen und M. 1570.—
für 500 Gramm Weizenbrot. Markenablieferung
durch die Kleinhandlcr bis spätestens zum 10.
Juli 1923.
Lübeck, den 12. Juni 1923.

Das Landesversorgungsamt.
Die Gebühren für das im Hafen entlassene
Vieh betragen künftig:
a) für Großvieh (Pferde, Rinder
u. dergl.) je M. 100.—
b) für Kleinvieh (Schweine, Kälber,
Schafe, Ziegen u. dergl.) je „ 50.—
Lübeck, den 12. Juni 1923.
(2971) Das Polizeiamt.

Öffentliche Zustellung, Ge-
richtsamt Lübeck, am 12. Juni 1923.
geb. Fischer, Lübeck, ver-
heiratet durch Rechtsan-
walt Hermann Brehmer,
Lübeck, klagt gegen The-
odor, Kaufmann, Lübeck,
geb. Schmidt, gegen The-
odor, Kaufmann, Lübeck,
geb. Schmidt, mit Antrag,
die Ehe der Parteien für
nichtig zu erklären. Klä-
gerin ladet Beklagten zur
mündlichen Verhandlung vor Land-
gericht, Justizamt III
Lübeck, zum Termin am
2. Oktober 1923, morgen
10 Uhr, mit Auforderung,
einen bei diesem Gericht
zugelassenen Rechtsan-
walt zu seinem Vertreter
zu bezeichnen. Lübeck, 11.
Juni 1923. Gerichts-
schreiber des Landge-
richts. (2964)

Nichtamtlicher Teil

Käthi Stender
Hermann Drechsel
Verlobte (2954)
Lübeck, Juni 1923.

Am Donnerstag
verstarb nach lan-
gem schwerem Lei-
den mein lieber
Vater, unser guter
Bater, Schwieger-
vater u. Großvater
Wihelm Westphal
im 81. Lebensjahr.
In seiner Trauer:
Liesette Westphal,
geb. Schröder.
Begrabung Mon-
tag, den 18. Juni,
8 1/2 Uhr nachm., Sa-
nabelle Pierwerth. (2951)

1 H. braune L. Halbbl.
u. 1 H. schwarze, D. Stief.
Gr. 89, zu verkaufen.
(2950) Plocherstr. 29 a.

S. u. L. Fahrrad 4. vert.
(2977) Hammerstraße 48, 2.

Seid. Kleid zu verkaufen
oder gegen Hütherröcke
zu tauschen. (2976)
Gröber Straße 18 1.

1 G.-Radmaschine, geg.
Damenrad zu tauschen, gel.
(2953) Trappentw. 16, E.

Glocke mit Ruten zu
verkaufen. (2978)
Hörn. Siemä.

Bestigende Glöckle zu
verkaufen. (2974)
Hallerstraße 41 a. am.

5 Vegetabilien, 1 Fisch-
bund zu verkaufen (2976)
Hörn. Siemä, Trappentw.

Gute Milchziege
zu verkaufen. (2975)
Hörn. Siemä, Trappentw.

2959) Berl. Ring n. 2
Schlüssel auf dem Verke-
hrislag. Büch. Gunde-
straße 2 e. (2959)

Dr. Henry Wodrig
wiederhergestellt.

Vorzugsangebot!

Unseren Abonnenten gewähren wir bei Vorzeigung
einer Volksboten-Quittung ein sogenanntes „Kleines
Inserat“ betreffend

- Gelegenheitskäufe
- Verkäufe
- Vermietungen
- Stellengesuche
- Offene Stellen
- Fundfachen
- Verluste, Tausch u. a.

einpallig unentgeltlich. Die Entscheidung darüber, was
als ein „Kleines Inserat“ zu gelten hat, trifft die
Geschäftsstelle. (2982)

Verlag des Lübecker Volksbotes.

Ich **aus**
ROMME **Berlin!**

UND
kaufe alte
Zahn-Gebisse

und einzelne Zähne, auch zerbrochene, Teile
davon usw. Zahle je nach Verarbeitung
100, 1000, 2000, 2500, 3000 bis

7000 M. p. Zahn
und mehr.

Nur Sonnab.-d., d. 18. Juni. Hotel Kieler
Hof in Lübeck, Holstenstr. 25. Diskrete
Bedienung. Separates Zimmer. Kaufe
auch alte Gebisse. Pötes, Berlin. (2959)

Aktuel von 5 Uhr nachm. bis 7 Uhr nachm.

O. Reining,
Lübeck-Stöckelsdorf,
Schlacht u. Wurstfabr.
für Rind, Hammel, Kälber
u. für Schweine z. d. hochw.
Zaggen. Fleisch, empf.
sämtl. Fleisch u. Wurstfabr.
in allerb. Qual. Wieder-
verk. erb. Vorzugspreise.
Telephon 1521. (2992)

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meyer & Co.

Band- u.
Zusammenstellen
Adolf Korgfiet
(2962)

Deutscher
Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
(2958)

Die Auszahlung der
Streichunterstützung fin-
det am Sonnabend, dem
16. Juni, nachmittags
von 3 bis 5 Uhr im
Gewerkschaftshaus statt.
Die Ortsverwaltung.

Tourenverzeichnis
der
A.-R.-B. „Solidarität“
Ortsgruppe Lübeck.

- 15. 6. Dörmar. Abf. 5
Uhr nachm. Burgtor-
brücke. Nr. 5+4.
- 17. 6. Dörmar. B. Abf.
12 Uhr. Burgtorbrücke.
Nr. 1-2. (2957)
- 24. 6. Verkehrsmander-
fahrt. Abf. 8 Uhr nachm.
Burgtorbrücke.
Nr. 5+6.
- 30. 6. Lauenburg a. G.
Abf. 5 Uhr nachm.
Mühlendücke. B. Nr.
2+1.
- 5. 7. Gauenmanderfahrt
nach Schwerin. Abf.
4 Uhr nachm. Burgtor-
brücke. Nr. 4+5.

General-
Verammlung
am 11. Juli.

Deutscher
Baugewerksbund Lübeck
(2960)

Mitglieder-
Verammlung
am Sonntag,
dem 17. Juni
morgens 9 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus**.
Zugordnung:
Bericht von den Lohn-
verhandlungen.
Jüngere Verbände ange-
legentlich.
Der Vorstand.

Biophon.

Spieleplan vom 15. bis 21. Juni:

I.
Der schlummernde Vulkan.

In der Hauptrolle:
Hans Mierendorf.
Inhalt: Ich bin bereit, Ihnen zu helfen — aber beweisen Sie
mir, daß nicht der Mörder Denckens vor mir steht.
Am Himmelsschliffen — bleiben Sie! Bei Gott, ich habe
keinen Mord auf dem Gewissen!

II.
Großer Auslandsfilm.
Sensations-Kriminal-Drama.

Der Dreizehnte am Tisch.
Spannend von Anfang bis Ende.

III.
Die Stütze des Hausherrn.
Ein reizendes Lustspiel in 3 Akten mit der besten Künstlerin

Erika Gläßner
in der Hauptrolle. (2966)

Elektriker Lübecks
Anf. 7 Uhr Morgen Sonnabend Anf. 7 Uhr
im **Moislinger Baum**
Großer Frühlingsball
verb. mit heiteren **Künstler-Vorträgen**
des beliebten Humoristen **Henry Vahl**.
(2985) **Der Festausschuß.**
NB. Für Spätwagen ist gesorgt.

Konzertina-
Klub „Lübeck“
Sonnabend,
den 16. Juni:
Gr. Ball im Kolosseum.
Anfang 7 Uhr. (2954)

Stadthallen-
Sichtspiele
Mühlendücke 13. Tel. 8749.
vom 15.—22. Juni:

„Lola Montez“
die Tänzerin des Königs.
Die Geschichte einer Abenteuerin in sechs
Akte von Willk Wolf und Paul
Merzbach mit
Eilen Richter.

„Der Herr Landrat“
Ein reizendes Lustspiel in 3 Akten mit
Leo Peukert.

„Die ich rief, die Geister...“
Schattenspiel von Ludwig Wich.
Auf unsere herortragende Hauskapelle unter
Leitung unseres Kapellmeisters Franz
Gödel wird besonders hingewiesen.
Beginn der (2967)
Nachmittagsvorstellung 4.30 Uhr.
Abendvorstellung 7.30 Uhr.

Chor-
verein
Lübeck.
(2975)

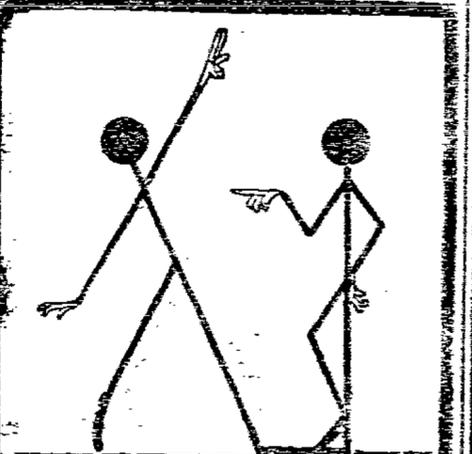
Außerordentliche
General-
Verammlung
am Sonnabend, 17. Juni
abends 7 1/2 Uhr,
bei Lander, Hundestraße 41.
Sehr wichtige Tages-
ordnung u. a. Beitrags-
erhöhung.
Vorstandsmitglieder
7 Uhr.
Der Vorstand.

Zentral-Gallen.
Sonnabend u. Sonntag
Gr. Langstr. (2968)

Café Bernhardt
Fackenburg Allee 9.
Täglich nachm. Konzert.
(2754) u. abds.:

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:
Stimmung-
Konzerte. (2966)

Hansa-Theater.
Deute Freitag 8 Uhr:
Zum letzten Male
„Kean“
mit Emil von Dollen
in der Titelrolle.
Sonnabend u. folgende
Tage 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Poffe mit Gesang
in 4 Bildern
von Walter Kollo.
Fris Jüterbog —
(2973) Emil von Dollen.



So wie dieser
gehören Schuhe auf die Qualität
Leder- und Gummischien
und Absätze
von der
Reform-Schuhwaren-
Reparatur und Stepperei
Großstr. 50
50 Hügstraße 50.
Robert Jentzen.
Fernsprecher 2572.

Günstige Angebote!
In der steigendem Dollar biete ihnen
noch zu sehr billigen Preisen
**1 Post. Schürzen, Normalgewunden, Kind-
gewunden, Herrenmoden, Damenkleider.**
Mey- & Edlich-Wäsche
im Putz, auch zu Februarreisen.
Textilwarenh. Königstr. 115

Karl Lahrz, Böttcherstr. 16.
Primo tolle Scherenscheren per Pk. M. 1000.—
Düf. gef. Scherh. 7000 Scherh. 1400
Gratunh. 5000 Scherh. 1200
Beständ. Red. 10000 Scherh. 8000
Zweites Scherenscheren mit Scherh. 100.—

Achtung!
Brillanten, Perlen, Gold,
Silber-, Platinsachen, goldene
Uhren, künstliche Schürze, Münzen
Uhren, Schmuck u. Wertachen
Kommen Sie vertrauensvoll zu uns, um
reell bedient zu werden. (2955)
Telephon **EMZ** Telephon
2447 **EMZ** 2447
Edel-Metall-Zentrale,
Lübecks führendes und leistungs-
fähigstes Spezialgeschäft.
Hr. **Frick, Markt 2, 1. Etz.** kein
Legitimation erforderlich.
english spoken, se hablar español.

Das Beste ist das Billigste!
Ihre Schuhe und Stiefel werden nur in
7 Fünfhausen 7
mit und billig befocht und gepolst. Auf
Ebnich können Sie davon zu einem billiger
Verkauf von prima Kautschuk für Schuhe
und Gummischuhe. (2915) B. Dittmer.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 15. Juni.

Auffreie . . .

Die Stadt liegt fern, darin sich nimmermüde Hände hungrier
Schaffender emig regem . . .
Auf golddurchwirter Wiese weiden schwarzbunte Kühe . . .
Gewandten breitet sich der Strand . . . ein ewig Fäden blauer
Schäumgekrönter Wellen . . .
Am Fluß entlang steigt kräftig das Ufer . . . und zwischen schwarzen
Schollen, grünen Feldern schimmern die kaltgetünchten
Mauern einer Sägemühle, aus der von Zeit zu Zeit der heil're
Sang der freilieb Sagen an Windeschwingen herüber
klingt . . .
Nauschswaden quillen aus dem Schlot und zittern in der
Mittagsglut . . .
In fruchtbarern Acker vorbei hebt sich der Wald,
Grauweisse Wolken hollen sich am Firmament, und auf der staubigen
Straße schreitet einsam ein Mensch . . .
Sein Leib ist schlank . . . sein Antlitz kalt . . . durch seiner Wangen
Röte stehen die groben Backenknochen . . .
Ein fadencheiniger Ros deckt seines Körpers Blöße . . . Sein
Gang ist mühschwer . . . ein Heimats-, Schaffenslocher
klingt . . .
Und in der Rechten hält er einen Pappparton, aus dem zer-
rissne Kleider scheinen . . .
In einer Tasche greift der Fremde eine Mundharmonika . . .
er spielt . . .

. . . und durch die schwüle Mittagsstille klingt zitternd der
jammernd qualerfüllte Aufschrei einer langzerwühlten Men-
schenbrust . . .
Lübeck. Ernst Kämpfer.

Alles ist Romisches!

Eine merkwürdige Reklame machen die Lübeckischen Anzeigen.
Dem Arbeiterrat des Hochofenwerks flattern einige höchst patrio-
tische Postkarten auf den Tisch, die — Hochofenarbeitern zugesandt
worden waren. Darauf stand hübsch schwarz-weiß-rot aufgemacht
zu lesen:

„Erinnern Sie sich Ihrer Pflicht, die nationale Presse zu
unterstützen? Immer erneut zeigt es sich, daß nur der nationale
Gedanke uns retten kann. Wir wären Ihnen daher dankbar,
wenn Sie sich Ihrer Pflicht gegen die nationale Presse erinnern
und die Vertreterin des nationalen Gedankens, die Lübeckischen
Anzeigen, bestellen würden.“

Wahrheitlich soll diese einzige „vaterländische Rettung“ den
Hochofenarbeitern die Butter erlösen, die die vaterländischen
Sauern entweder ihrem eigenen vaterländischen Magen inder-
leiben oder an die vaterländischen Kapitalisten in Trocenmüde
verföhren. Denn keine agrarischen Hintermänner einmal ma-
chen, daß vor allem ihre vaterländische Pflicht wäre, dem langjam-
mernden arbeitenden Volk Lebensmittel zu liefern, dazu
reicht es schon deutschnationaler Wut nicht aus. Deshalb
heißt es Buttererlöser in Form eines vaterländischen
Spruches, der auf der Rückseite der Reklamekarte steht: „Nun
erlöse ich — gelobten!“

Außerdem wurde den Hochofenarbeitern in den letzten
Wochen noch eine andere vaterländische Freude bereitet. Ihr
Generaldirektor hatte Geburtag. Selbstverständlich mußten
Festnahmen weihen, vier Fahren, — aber nur um gotteswillen keine
republikanische! Herr Generaldirektor Neumann zählt sich näm-
lich logulagen zu den „Demokraten“, deren Parierfähre seit
hundert Jahren die schwarz-rot-goldene — war. Aber erstens
liegt die deutsche Revolution vier Jahre zurück, und zweitens lebt
man in Lübeck. Und hier ist bei den Demokraten kein Ding un-
möglich. Einweilen aber hat die Arbeiterpartei des Hochofen-
werks der Direktion das Angebot gemacht, daß die Arbeiter sam-
meln wollen, damit das bettelarme Hochofenwerk doch auch in
den Besitz einer „deutschen“ Flagge komme.

Zust John ein Lübecker „Demokrat“ veröffentlichte gestern im
„General-Anzeiger“ ein Eingekundt, worin er die Volkspartei be-

Märchen.

Von Max Dorn.

Waren da drei Wanderburschen.
Lustige Gesellen, Tippelbrüder!
Waren das ein schwarzer Dachdeckerhammer, ein roter Dach-
egel und eine blaurotliche Schieferplatte.
Ein ging es über hundert bunte Landstraßen.
Kamen gute Zeiten, kamen schlechte Zeiten.
Wald rauschte Choräle, Wähe sangen Volkslieder.
Und blonde Mädchen schauten sich nach den drei lustigen
Wanderburschen freundlich lachend um.
Heute regnet es. Dunkel wächst die Nacht heran.
Dort vorne liegt nun die kleine Stadt.
Wird sie unseren drei Wanderburschen Quartier geben?
„Beruhen wir beim Pfarrer“ — sagte die Schieferplatte.
Der Pfarrer aber schlug den Kunden die Tür vor der Nase zu.
Drinnen hörte man sein schalmeiendes Wort:
„Gelobt sei Jesus Christus.“
Verjucht es beim Lehrer: „Herr Lehrer, wir bitten um Nach-
quartier.“
Der Lehrer: „Das geht mich nichts an, dafür ist die Poli-
zei da.“
Auf der Polizei: Der dicke Wachtmeister ist ein wenig an-
getrunken.
„Was, Landstreicher? — und uns daherein die Läufe tragen?
— Na, nichts zu machen — schlaf ihr nur ruhig unterm schützenden
Bogen der Stadtmauer.“
Traurig gingen die Kunden nun durch die Gassen der alten
kleinen Stadt: der Dachdeckerhammer, der Dachziegel und die
Schieferplatte.
„Paß auf“, meinte der reitnische Dachziegel, „da kommt ein
Mensch her, der hat ein gutmütiges Gesicht —“
Und der Mensch mit dem gutmütigen Gesicht das war ein
Arbeiter.
„Ja, Kunden“, sagte der, „auch ich war auf der Walze, weiß,
was das heißt, kein Nachquartier haben. Kommt nur mit.“
Und die Frau des Arbeiters kochte Kaffee. Und es gab Brot
und Obsthonig. Fein schmeckte das alles.
Dann ging es in den Regenfall — da lag trodenes Laub.
„Siehe“, sagte der freundliche Mann, „Kunden, das Laub da
ist gute Nacht ewer warmes Bett. Schlafst alleamt wohl!“
Am nächsten Morgen vor sechs Uhr ging der Arbeiter seine
Güte waden.

schuldigte, der „sozialdemokratischen“ Gewerbesteuer zugestimmt zu
haben. Gewöhnlich heißt demokratisch gleiches Recht für alle.
In Lübeck aber heißt demokratisch: Steuern zahlt der Arbeiter,
Beamte und Angestellte — alle anderen zahlen nichts; je reicher
du bist, desto weniger hast du dem Staat zu entrichten.

Wir haben es den bürgerlichen Parteien nie übergenommen,
daß sie die Interessen der Bourgeoisie und des Kapitals vertreten
haben. Aber verlangen konnten wir von ihnen, daß sie daneben
die allerdinglichsten Staatsnotwendigkeiten nicht völlig aus den
Augen verlieren sollten. In langen und schweren Auseinander-
setzungen ist es uns gelungen, die Volkspartei und selbst Deutsch-
nationalen zu dieser Auffassung im Punkt Gewerbesteuer zu be-
lehren. Daß die Demokraten aus Motivationsgründen sich nicht be-
reuen ließen, ist bei einer Partei, deren Vorkämpfer wie Entschä-
ffungen ausgedehnt sind, zu verstehen. Daß sie jetzt aber darauf
für sich selbst eine Tugend machen wollen und die Volkspartei
wegen ihrer Haltung angreifen, das ist eine Schande für die —
Demokratie. Mögen sie sich in Zukunft nennen, wie sie wollen,
nur nicht Demokraten. Denn das ist eine Beleidigung aller jener,
die für die Demokratie gekämpft und gelitten haben.

Aber es ist eine keit Jahren zu beobachtende Tatsache: Aus
Angst, demokratisch zu sein, werden die Demokraten mehr und
mehr — Eierläufer. Verlaß dich auf die Demokraten, und du bist
verlassen wie ein Demokrat von sich selbst — das wird über kurz
oder lang ein allgemein übliches Sprichwort sein.

Egoismus und Gemeinheitsgeist.

Feinsinnige Betrachtungen über den Egoismus in seinen Ab-
stufungen und den Gemeinheitsgeist, die Prof. Ferdinand Tönnies
in „Die Elfenbeintürme“ in einem Aufsatz der „Konsumgenossenschaftlichen
Rundschau“ anstellt, führen den bekannten Gelehrten zu dem in-
teressanten Ergebnis, daß im Genossenschaftswesen als
der Schule des Gemeinheitsgeistes sich die höchste Stufe
des Egoismus, das heißt die Richtung der eigenen Willen-
und Interessen auf ein zeitliches Ziel, auf eine bessere Zu-
kunft, ihre Verteidigung findet. Im Genossenschaftswesen kommt
Gemeinheitsgeist und Egoismus zusammen. Dies Zusammen-
treffen ist selten. Es kann dahin gemittelt werden, daß es häufiger
werde. Es kann gefehrt werden, daß nicht der augenblickliche
Vorteil eines Individuums oder der kleinen Gruppe der einzige Maß-
stab ist, den die Genossenschaft oft gewährt, außerdem aber auch nicht
gewährt kann. Sondern daß es sich bei der Förderung der Sache
um eine hohe kulturelle Aufgabe handelt. Im Vergleich dazu
hat er eine geringere objektive Bedeutung, daß er die Gemein-
schaft am meisten, der weisheitlich und aufklärerisch mehr und mehr
zugleich verhalte am meisten danach angetan ist, dem genossen-
schaftlichen Streben eine Justiz vor den ungeliebten Schritten zu
bieten, mit denen die Ungewissenheit des heutigen wirtschaftlichen
Lebens den zödischen Hausvater und die egoistische Hausfrau be-
dröhen. An die Opferwilligkeit für mannigfaltige Zwecke wird oft
appelliert. Die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse für ihre ge-
meinschaftlichen Interessen ist berührt. Das Genossen-
schaftswesen stellt an die Opferwilligkeit nur geringe Ansprüche;
es belohnt zumeist die geleisteten Opfer mit unmittelbaren Re-
sultaten, sogar für den ersten Egoismus. Aber es wird um so
mehr zu höherer Weisheit gelangen, je mehr der wirtschaftliche
Egoismus in ihm mit dem Gemeinheitsgeiste sich vermählt und
je mehr dies Ziel in seiner Schönheit und Würde erkannt wird.

Bürgerchaftsvorleser.

Erhöhung der Handsteuer. Das Postkolum empfiehlt, zu
der bisherigen Steuer einen Zuschlag zu erheben, der einiger-
maßen dem gekunkenen Geldwert Rechnung trägt. Es ist der An-
sicht, daß, nachdem in fast sämtlichen anderen Ländern Mittel-
und Norddeutschlands die Handsteuer auf Schiffe welche un-
schen 10 000 bis 16 000 Mk. schwanken, erhöht werden ist, auch für
Lübeck eine Erhöhung notwendig ist, und hat als solche einen Zu-
schlag von 1000 Prozent zur bisher erhobenen Steuer vorgeschla-
gen. Der Senat ist bereit, dem Antrag zu entsprechen, und stellt
einen dementsprechenden Antrag zur Mitbestimmung der Bür-
gerchaft.

Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für die Bürger-
schaftsmitglieder. Unter dem 12. April 1923 hat die Bürgerchaft
an den Senat das Ersuchen gerichtet, die Aufwandsentschädigung
für den Vorsitzenden und die Bürgerchaftsmitglieder so zu regeln,
daß sie sich der Geldwertverwertung anpaßt. Der Senat ist der An-
sicht, daß eine derartige Regelung, die auch er für geboten hält,

sich zweckmäßig an diejenige Neufestsetzung anlehnt, die durch
den Beamtenbesoldungsgesetz vom 21. März 1923 anhängende Be-
soldungsordnung für Zulagen für verschiedene Tätigkeiten von
Beamten erfolgt ist. Hinsichtlich der Aufwandsentschädigung für
die Bürgerchaftsmitglieder ist in dem anliegenden Entwurf eines
Nachtrages zu dem Gesetz vom 23. Mai 1920 je ein Teil des An-
fangsbezuges eines der Besoldungsgruppe 10 angehörenden leib-
lichen Wohnstuhls hat. In dem Entwurf ist zugleich eine Bestim-
mung aufgenommen worden, durch die die besondere Aufwands-
entschädigung für den Vorsitzenden der Bürgerchaft, für die die
Mittel bisher durch den Haushaltsplan bewilligt worden sind,
nunmehr ebenso wie die Aufwandsentschädigung für die Bürger-
chaftsmitglieder gleichmäßig geregelt wird. Der Senat stellt einen
dementsprechenden Antrag zur Mitbestimmung der Bürgerchaft.

Butter 20 000 Mk.

Milch 1940 Mk.

Eine kleine Preissteigerung nahm gestern die Ham-
burger Rotationskommission vor. Sie steigerte den Butter-
preis um 5000 Mk. auf 19 400 Mk., und setzte den Milchpreis um
360 Mk. von 1700 auf 2060 Mk. hinauf.

Begründungen werden nicht mehr gegeben. Sie sind auch
überflüssig. Ebenso überflüssig, wie Milch und Butter für das
Volk geworden sind.

Die Weierereien müssen nicht wohnen mit der Milch. Sie ver-
arbeiten den Ueberfluß des besten Volksnahrungsmittels zu
Trockenpulver, schiden die Ware in die Fremde und dort findet
sie schon eine gute Seele, die den Verkauf bezeugt und die so ver-
kauften Franzosen damit füttert. Der Deutsche kann die Nacht am
Mehl klingen und hungern bis die Welt ganz zum Teufel ge-
gangen ist. Die Hauptsache ist, daß die Schmaroher und Patrio-
ten gesund bleiben.

Die Zukunftsfragen des Lübecker gewerblichen Berufsschulwesens.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Die Reichsverfassung soll das Berufsschulwesen von den
Länderparlamenten aus und angebahnt werden. Was ist nun hier
in Lübeck in dieser Beziehung im Vergleich zu anderen Ländern,
vor allem Süddeutschland, von der zuständigen Behörde geschehen?
Man muß leider sagen: noch viel zu wenig! Und doch muß nun
schleunigst entschieden werden, zumal wenn man bedenkt,
daß ungefähr die Hälfte der hiesigen männlichen Jugend
in Gewerbe und Industrie beschäftigt wird und demnach zum Be-
stand der Berufsschule verpflichtet ist.

Die Zahl der Einheitschulen hat die Berufsschule mitzuwirken
an der Erziehung des Volksgenossen zu höherer Leistungsfähigkeit
und höherer Verantwortung, nicht nur innerhalb des Berufes,
sondern auch in der Gesamtheit der Volksgemeinschaft. Die Erfüllung dieser
großen Aufgabe hängt nun aber nicht zuletzt davon ab, daß die
Berufsschule den für sie maßgebenden Schülern in den wenig-
sten Stunden der Woche auch in den zur Verfügung stehenden
Stunden möglichst vollwertig können.

Jeden Tag wird in den Zeitungen und Vereinen immer wie-
der betont: Wir brauchen Qualitätsarbeit! Solche kann aber
nur geleistet werden, wenn Qualitätsarbeiter zur Verfügung
stehen. Um nun die wertvolle Jugend theoretisch entsprechend
vorzubilden, muß das Beste gerade gut genug sein. Und da sollte
bei der maßgebenden Abteilung der Oberbehörde mehr Entschlossenheit
für die drückenden Sorgen der Gewerbeschule
herbeiführen. Immer sie in Zukunft die einzige Be-
rufsschule Lübecks sein wird. Die für die Aus-
und Weiterbildung der gewerblichen Jugend in Frage
kommt. In der Raumfrage herrschen schon seit langer Zeit
strenge entwürdigende Zustände. Man bedenke, in Kellerräumen,
in denen zum Teil den ganzen Tag trübes Gaslicht brennen muß,
daß die Jugend die acht Stunden ihres Schultages zu verbringen.
Nach Bodentemperaturen müssen zur händigen Benutzung für Unter-
richtszwecke herangezogen werden. Möchte man das Inventar und
die Vermittel in manchen Zimmern und Abteilungen beschreiben,
so bedürfte dieses eines besonderen spaltenlangen Artikels. Be-
sonders wenn man zum Vergleich die Gewerbeschulen anderer
Städte heranzieht würde. Und dabei muß man von der gewerb-
lichen Jugend verlangen, daß sie mit Lust und Liebe bei der Sache
ist und viel Arbeitsfreudigkeit in die Schule mitbringt, um in der

Wie konnte er nicht, die waren schon alle drei weg.
Da er nun aber den Ziegen Land streute — O! da entfuhr ein
Freudenschrei seinem Munde.
Lagen da im Laube ein goldener Hammer, ein kupferner
Dachziegel und eine blaublau-schimmernde silberne Schieferplatte.
Und auf der silbernen Schieferplatte stand eingraviert:
„Alles Gute lehnt sich.“
„Es danken die wandernden Dreie: Die Arbeit! Die Liebe!
Und der Segen!“

Ferngespräche auf 9000 Kilometer.

In Europa gehören die Verbindungen London—Genf mit
800 Kilometer, Brüssel—Marseille mit 900 Kilometer
und Paris—Rom mit 1200 Kilometer zu den längsten Strecken,
auf denen Ferngespräche durch Kabel übermittelt werden können.
In Amerika ist man in dieser Beziehung viel weiter gegangen.
So wurden z. B. bei der Eröffnung der Fernsprecherbindung
Key West in Florida mit Havana auf Cuba zwischen dem
Präsidenten der Vereinigten Staaten und demjenigen von Cuba
auf eine Entfernung von 8800 Kilometer angesetzt. Die Ent-
fernung Key West—Havana selbst, die durch ein Unterseekabel
überbrückt ist, beträgt allerdings nur etwa 270 Kilometer. Die
Verbindung wurde aber über New York und San Fran-
zisko bis nach der Insel Santa Catalina an der Küste von
Kalifornien verlängert, wodurch die genannte Entfernung zu-
stände kam. Das Bemerkenswerte dabei war noch, daß die
Insel Santa Catalina mit dem amerikanischen Festland in draht-
loser Verbindung steht, so daß Unterseekabel, die Landesverbindung
durch das amerikanische Festland und endlich elektrische Wellen
in der Luft zur Übermittlung der Gespräche verwendet wurden.

Ein treffendes Beispiel für die Vorliebe der Amerikaner
für große Zahlen ist, wie Geh. Regierungsrat Werneke in der
„Die Umschau“ mitteilt, der Bericht über die Übermittlung
einer Rede, die der Präsident Harding bei einer Denkmal-
einweihung in Washington gehalten hat, nach New York und von
da nach San Francisco auf eine Entfernung von 5200 Kilo-
meter. Die Rede selbst wurde von 150 000 Personen angehört,
und in New York waren 30 000, in San Francisco 20 000 Zuhörer
versammelt. Der zur Übermittlung der Rede nötige Strom
müßte unterwegs wiederholt verstärkt werden. Bei diesen Ver-
stärkungen kommen Zahlen mit 27 Nullen also von mehreren tau-
send Milliarden, vor. In allen drei Stellen gaben lautsprechende
Fernsprecher die Worte so wieder, daß sie auf 150 Meier Ent-
fernung im Freien deutlich gehört wurden.

Ferngespräche auf solche Entfernungen herzuführen ist in
Amerika deshalb möglich, weil fast das ganze Festland der Ver-

einigten Staaten und von Kanada von einem einheitlichen Fern-
sprachnetz bedeckt ist. Die Bell-Gesellschaft allein hat 12 600 000
Fernsprechstellen, und 900 000 weitere gehören anderen Gesell-
schaften, die aber alle im guten Einvernehmen miteinander zu-
sammenarbeiten, so daß Anschlägen zwischen ihren Netzen keine
Hindernisse im Wege stehen. In Europa gibt es dagegen 26
Staatsverwaltungen, die Fernsprechnetze betreiben, und es ist
schwierig, Verbindung zwischen aneinander angrenzenden
Ländern herzustellen, geschweige denn Ferngespräche zwischen Län-
dern zu ermöglichen, die durch dazwischenliegende Staaten vonei-
nander getrennt sind.

Unter den amerikanischen Fernnetzen ist das bedeutendste das
zwischen Philadelphia und Pittsburg, das 486 Kilometer lang ist;
es ist ein Teil einer noch nicht fertiggestellten Verbindung von
Newport nach Chicago, die nahezu 1400 Kilometer lang werden
wird. Mit Philadelphia ist Newport schon verbunden, und dieses
Kabel verzweigt sich einerseits nach Boston, andererseits nach Bal-
timore und Washington. Die genannten Kabel bilden die Grund-
lage für ein Fernsprechnetz, das mit seinen Fernnetzen die ganze
Gegend zwischen dem Mississippi und dem Ohio an weiterhin
nördlich den Potomac bedecken soll. Weitere Strecken von 1000
und 1500 Kilometer Länge sind geplant. In Europa kommen
solche Längen natürlich nicht vor.

Bedenken gegen die Eisenbahn. Als die ersten Proben mit
der Eisenbahn gemacht wurden, wiesen die Ingenieure nach, daß
die Lokomotiven unmöglich von der Stelle kommen könnten und
daß ihre Räder sich immer nur um sich selbst drehen würden.
Brago z. B. erklärte in der französischen Deputiertenkammer 1838,
daß die Transportkosten in Frankreich die sich z. B. auf 2 803 000
Francs beliefen, nach Ausbau des Bahnnetzes auf 1 052 000 Frs.
vermindern würden, so daß das Land jährlich zwei Drittel der
Einnahmen aus den Transportkosten verlieren würde. Thiers
meinte: „Ich gebe ja zu, daß die Eisenbahnen die Beförderung
von Reisenden etwas erleichtern werden, wenn der Gebrauch auf
einige ganz kurze Linien in der Nähe großer Städte, wie Paris,
beschränkt bleibt. Man braucht keine weiten Strecken.“ Das bay-
rische Medizinalkollegium erklärte, daß der Bau der Eisenbahnen
ein großes Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit wäre, denn
eine so schnelle Bewegung würde bei den Reisenden Gehirnerschüt-
terung, bei den Zuhörern aber Schwindelanfälle erzeugen. Das
Kollegium empfahl daher dringend an beiden Seiten der Schie-
nen Scheidewände in der Höhe der Wagen aufzurichten. Die
bayrische oberste Landesbehörde aber konstatierte die Unmöglichkeit
für Züge, auf einem Damme zu fahren. Es müßten unbedingt
Mauern zur Unterlage für die Schienen errichtet werden.

so kurzen zur Verfügung stehenden Zeit von acht Stunden wöchentlich etwas Erprobliches zu leisten und positiven Nutzen für das spätere Leben zu haben. Aber scheinbar hat man an den maßgebenden Stellen noch kein warmes Herz für das gewerbliche Berufsschulwesen. Somit könnte es z. B. nicht angehen, daß die Gewerbeschule Räume ihres eigenen Gebäudes der Oberrealschule zum Dom abgeben und selbst in entfernt liegenden Gebäuden Räume beziehen muß, wodurch natürlich der Schulbetrieb keineswegs günstig beeinflusst wird, zumal bei einem so großen Schulsystem, dem größten Lübecks, mit annähernd 3000 Schülern. Besonders wenn noch festzustellen ist, daß in der Oberrealschule z. B. eine große Raumverschwendung getrieben wird. Denn im Hauptgebäude der Oberrealschule werden im 1. Stock von 18 Räumen nur ein Raum als Klassenzimmer und im Erdgeschoß von 13 Räumen nur 7 Räume als Klassenzimmer benutzt. Alle anderen Räume sind teilweise für Zwecke nutzbar gemacht worden, die für eine Schule wohl mühsamwert, aber keineswegs unbedingt erforderlich sind. Die Gewerbeschule aber muß nun in ihrem Schulgebäude 7 Klassenzimmer abtreten, die sie selbst äußerst notwendig gebraucht und muß dafür mit Boden- und Kellerräumen vorlieb nehmen. Dabei noch zu bedenken ist, daß der von den kleinsten Schülern, — denn diese hat man in das Gewerbeschulhaus verlegt — vollführte Lärm und die ganz andere Bauten- und Stundenerteilung faun zur Förderung des Unterrichts der Gewerbeschule beitragen. Hiergegen muß energisch Front gemacht und die unbedingte Forderung erhoben werden: Restlose Erfassung des Gewerbeschulgebäudes für Zwecke der Gewerbeschule! Somit erleben wir es nach eines Tages, daß ausschließlich andere Schularten sich in dem eigenen Gebäude breitmachen, und der letzte Gewerbeschüler mit dem Keißbreit unter dem Arm das Gebäude verläßt.

In diesem Zusammenhange sei auch darauf hingewiesen, daß sich die Dienstwohnung von sieben Zimmern des Direktors der Oberrealschule z. D. sehr wohl Schulzwecken dienlich machen läßt. Man werde nicht ein, daß die Räume zu klein sind. Dann nehme man diese für Nebenräume und verwende die großen, bisher für Nebenräume verwendeten Zimmer für Klassenräume. Und zum Schluß möge nochmals betont werden, daß unbedingt dafür Sorge zu tragen ist, und es läßt sich machen bei richtiger Ausnutzung, daß die Oberrealschule z. D. das Gewerbeschulgebäude wieder räumt, und daß dieses ausschließlich den dringenden Zwecken der Gewerbeschule vorbehalten bleibt. Nur dann wird es sich ermöglichen lassen, daß die Gewerbeschule als Fachschule auch ihren weiteren Aufgaben gerecht werden kann. Es wäre in dieser Beziehung vor allem anzunehmen: Ausbau der Handwerkerchule ebenfalls Tageschule, zwecks Weiterbildung nach der Lehre und Vorbereitung auf den Besuch von höheren Fachschulen. Auch die jetzt noch als Sondereinrichtung der Gewerkschaft bestehenden Meisterkurse müßten alsdann dem Schulsystem eingegliedert werden, wie es auch der Deutsche Gewerkschaftsbund vorschlägt. Desgleichen müßten mit finanzieller Unterstützung des Gewerks und der Industrie auch Laboratorien, Versuchswerkstätten und Einrichtungen zwecks Prüfung zur Berufsaussicht geschaffen werden, um auf allen erforderlichen und ermutigenden Gebieten erfolgreich zur Wohle des Ganzen mitarbeiten zu können.

Wünschenswert tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Gewerbeschule endlich zu ihrem Rechte kommt und den Platz im Lübecker Schulwesen angewiesen erhält, der ihr ihrer Bedeutung entsprechend zukommt im Interesse aller in Frage kommenden Volksteile.

Statistischer Monatsbericht für Mai 1923.

Nach der Fortsetzung des Statistischen Landesamtes betrug die Zahl der Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende Mai 122 966 gegen 122 120 im Vorjahre. Die natürliche Bevölkerungsbewegung brachte einen Heberhörs von 88 und die Wanderungsbewegung Schloß bei 1548 Zugewogenen und 1442 Weggezogenen mit einem Gewinn von 104 Personen ab. Eben wurden 126 abschlossen. 44 mehr als im Vormonat und 26 mehr als im Mai v. J. Demnach betrug die Zahl der Einwohner am Ende des Monats 122 966 gegen 122 120 im Vorjahre. Die Zahl der Geborenen war mit 121 auch beträchtlich höher als im April (89) und als im Durchschnitt der ersten fünf Monate d. J. (91). In 108 Fällen oder 81,7 v. H. aller Geburten waren beide Elternteile ledig, während 17 oder 13,5 v. H. der Mütter und 15 oder 11,9 v. H. der Väter verheiratet oder geschieden waren. Die Zahl der Geborenen einschließlich der Totgeborenen war mit 159 (86 Knaben und 73 Mädchen) etwas geringer als im Vormonat (193) und erheblich weniger als im Mai v. J. (221). Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Geburtenrate betrug nur 17,5 gegen 22,7 im Vorjahre, 26 oder 14,9 (1922: 18,9) v. H. der Geborenen waren unehelich und 4 oder 2,1 (3,6) v. H. tot. Geborenen sind 144 Personen und zwar 57 männliche und 87 weibliche; im April waren 153 und im Vorjahre 155. Die allgemeine Sterberate (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) stellte sich bei den männlichen Personen auf 10,9, bei den weiblichen auf 10,7 und insgesamt auf 10,8; sie war um 1,4 höher als die vormonatliche und um 1,4 geringer als die des Vorjahres. Von den Geborenen waren 26 oder 25 (21,6) v. H. unter 15 Jahren und 50 oder 34,7 (38,9) v. H. über 60 Jahre alt. An Kindern im ersten Lebensjahre starben 23, darunter 12 an angeborenen Lebensschwächen, Lungenerkrankung und Verdauungsstörungen. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die getauften Säuglinge hervorgehen, berechnete Säuglingssterblichkeitsrate betrug 121,9 gegen 127,6 im Vorjahre. Todesursache war 21mal Krankheiten des Herzkreislaufs, 21mal Tuberkulose, je 14mal Lungenerkrankung und Altersschwäche und 12mal Krankheiten der Kreislauforgane. 5 Personen erlitten durch Selbstmord und 6 durch Verunglückung.

Schöffengericht.

Am Donnerstag wurden vor dem Schöffengericht die angeklagten Schulmishandlungen in der 3. St.-Lorenz-Schule und die Vorgänge in der damit im Zusammenhang stehenden Friedländer-Versammlung in betriebl. Nebenwärtiger Verhandlung aufgeführt. Die Staatsanwaltschaft wurde auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft wegen öffentlicher Beleidigung der Lehrer Strafantrag gestellt gegen den Kammerdienstknecht Bog, gegen die Ehefrau Behrens und gegen den Schriftfeger E. Grage. Außer den geladenen 10 Jungen mußten noch während der Verhandlung einige weitere herbeigeführt werden. Der Angeklagte B. kühn den Sachverhalt in: Verurteilt durch eine Klage im

Lübecker Volksboten über Mishandlungen in der 3. St.-Lorenz-Schule sei er mit den Eltern der Kinder in Verbindung getreten und habe dem Wunsch nach einer Verammlung Rechnung getragen. Die Verammlung, die am 19. November 1922 stattfand, wurde am Tage vorher durch Handzettel, die der Angeklagte an die Kinder verteilte, einberufen. Die Kinder wurden von ihm persönlich beim Verlassen der Schule eingeladen. Es waren ungefähr 75 Kinder anwesend. Zuerst sollten die Schüler Bericht erstatten und dann sollte B. ein Referat halten über Kindererziehung. Wenn er auch die angeklagten Mishandlungen zum Ausgangspunkt seines Vortrages gemacht habe, so will er doch nur im allgemeinen die falsche Erziehungsmethode, wie sie jetzt besteht, kritisiert haben. Er gibt zu, gesagt zu haben, die Schüler sollten sich als freie Kinder fühlen und bei Mishandlungen die Schule verlassen. Den ihm zur Last gelegten Satz: Durch Schläge an den Kopf werden 50 Proz. der Kinder zu Idioten gemacht, bestreitet er in dieser Form gemacht zu haben. Im Laufe der Verammlung sei von Lehrerseite darauf hingewiesen, daß es unangebracht sei, die Kinder in der Verammlung zu belassen. Sie seien dann hinausgewiesen. Zum Schluß sei eine Kommission gewählt, die eine Eingabe an die Bürgererschaft machen sollte. Die Ehefrau B. soll gesagt haben, die Kinder seien durch Schläge eingeschüchtert falsch auszuführen. Sie schilberte die Mishandlungen, die man ihrem Kinde angetan habe. Sie sei mit dem Kinde zum Arzt gegangen, um ein Urteil zu bekommen, damit der Junge einweilen von der Schule fernbleiben könnte. Dabei hat der Arzt die Versicherung getan, daß derjenige, der dem Kinde die Verletzungen beigebracht hätte, zum Viehtreiben zu schade sei, viel weniger zum Kindererzieher. Der als Zeuge vernommene Arzt Dr. N., ein Sohn des Nekros. N., der den Jungen geschlagen hat, was keiner der Beteiligten mußte, schwärzte seine Versicherung dahin ab, daß er gesagt haben will, wenn es so ist, daß der Junge mit Füssen getreten worden ist, dann wäre derjenige zum Viehtreiben zu schade. Er muß aber zugeben, daß das Gesicht des kleinen B. erhebliche Verletzungen aufwies. Dem dritten Angeklagten G. wird zur Last gelegt, in bezug auf den Rektor A. gesagt zu haben, er wolle sich den August mal kaufen, er käme aber nicht allein, sondern brächte seinen Spazierklub mit. G. gibt die Versicherung zu, will aber, veranlaßt durch ungerechte Behandlung seines Sohnes durch den Rektor A., in großer Erregung gewesen sein. Gestellt wird durch eine Zeugin, daß bei einem Kinde nach acht Tagen noch acht dicke blaue Striemen an dem Gesicht gelegen hätten. Die Lehrer der Schule hätten sich beleidigt durch drei Punkte, die der Angeklagte B. in seinem Referat herangezogen hätte, 1. sei die Lehrerschaft reaktionär, und die Lübecker besonders, 2. würden die Kinder geprügelt, weil sie Vorklassiker seien, und 3. glaubten die Lehrer selbst nicht, was sie im Religionsunterricht predigten. Durchweg bekundeten aber alle vernommenen Zeugen, daß der Vortrag politischen Inhalts gewesen sei, gehalten zu dem Zwecke, die Kinder zu der Verammlung des Vortrages zu bewegen, daß aber nicht der Eindruck vorhanden gewesen sei, zu beleidigen. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft sieht in dem Angeklagten B., als dem Stürmker der Verammlung den Hauptangeklagten, besonders sei strafbar die Einladung, in der von unerbittlicher Mishandlung die Rede gewesen sei. Er beantragt gegen B. 6 Wochen Gefängnis, für G. 30 000 Mk. und für Frau B. 30 000 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte B. verteidigt sich in längeren Ausführungen, den Vorwurf der Beleidigung weit von sich weisend. Er hätte nur seine Weltanschauung dargestellt und in Bekämpfung herrschender Interessen gehandelt, da er Leiter einer kommunikativen Jugendgruppe sei. Er erwarde eine Freiheitsstrafe. Das Gericht verurteilt B. zu 30000 Mark, G. und Frau B. zu je 20000 Mark Geldstrafe. Der Oberstaatsanwalt sieht das Recht zu, das Urteil zu veröffentlichen. Das Gericht legt die Sache bei B. viel schwerer an. Das Hauptgewicht liegt besonders in der Einladung. G. habe ein temperamentvolles Wort gebraucht, das sich auf den ersten Augenblick schlimm ansehe. Es glaubt dem Angeklagten, daß das Wort „August“ zu seinem häßlichen Sprachgebrauch gehört. Frau B. wird die Bekämpfung berechtigter Interessen voll angebilligt.

Esperanto. Der Reichsminister des Innern hat nachstehendes Rundschreiben an sämtliche Landesregierungen gerichtet: „Im August d. J. findet in Nürnberg der 15. Internationale Esperanto-Kongress unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Reichspräsidenten statt. Das Esperanto-Institut in der Deutsche Reich hat mich gebeten, die Regierungen der Deutschen Länder auf den Kongress aufmerksam zu machen und sie zu seinem Besuch einzuladen. Ich komme dieser Bitte gern nach, da ich der Esperanto-Bewegung eine erhebliche Bekämpfung zukommen. Die Weltfriedenssprache scheint mir wegen ihrer leichten Erlernbarkeit geeigneter, als den Kreisen der Arbeiter nur einseitig gebildeten Volksgenossen die Vorteile der Kenntnis einer fremden Sprache zu vermitteln; ferner scheint sie mir das wertvolle Ziel zu verfolgen, auf die friedliche Zusammenarbeit der Nationen unter Wahrung ihrer Rechte und ihrer Eigenart und auf die Anbahnung einer zwischennationalen Verständigung hinzuwirken. Die Vertreter der deutschen Regierungen werden auf diesem Kongress Gelegenheit haben, einen Eindruck von dem Wert der Esperanto-Sprache zu erlangen und sich davon zu überzeugen, in welchem Maße Esperanto die Ansprüche erfüllt, die an eine internationale Weltfriedenssprache zu stellen sind.“

Die Angeklagten hielten. Donnerstag in den frühesten Morgenstunden wurde durch die Kriminalpolizei die Wohnung eines Wärmehlers und Händlers in der Marienstraße überholt, weil er im Verdacht stand, in seiner Wohnung heimliches Geschäftsbetrieb zu betreiben und gestohlene Sachen zu verbergen. Außer 7 jungen Männern, von denen 4 wegen verschiedener Vergehen gefasst wurden, und 5 zum Teil bedenklichen Kennenpersonen wurde direktes Diebstahl vorgefunden und beschlagnahmt. Der Wohnungsinhaber W. wurde wegen Gefährdung genommen, während die weiter anzukellenden Ermittlungen noch ergeben müßten, was die einzelnen bei W. angeklagten Personen auf dem Sachverhalt haben. Offenbar findet durch die Aufhebung des Kettes mancher Diebstahl seine Erklärung.

Die Gefangenommen wurde ein 25jähriger Schneidergeselle von hier wegen Umkleidung eines Jagdwagens. Er hatte sich von einem flüchtigen Kaufmann ein Jagdwagen geliehen, ist damit nach Danneberg gefahren und hat es dort weit unter seinem realen Wert verkauft und das Geld in leichtsinniger Weise verthan. — Aus dem Fenster in der Hühnerstraße wurde ein Demerol, Marke „Santol-Columbia“, gestohlen.

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 12 Grad, die Luftwärme 10 Grad.

Hinweise auf Verammlungen, Theater usw. Hanja-Theater. Heute Freitag 8 Uhr zum letzten Male „Kean“, Sonnabend und folgende Tage 8 Uhr „Meister im Male“, Pöste mit Gesang in 4 Bildern von Walter F. K.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Schafe aus Ulm. Aus Goslar wird berichtet: Eine Herde von 256 Schafen zieht zurzeit vom Harz, wo sie vor einigen Tagen Oster und Goslar passierte, in der Richtung auf Hamburg weiter. Die Herde kommt von Ulm und wird von einem Schäfer mit zwei Hunden begleitet. Durch diesen Wandertransport sollen die ungeheuren Kosten für den Eisenbahntransport gespart werden. Der Schäfer hofft Hamburg in zwei Wochen zu erreichen. Seine Herde ruht abends im Walde oder auf breiten Feldwegen. Alle fünf Tage schlachtet er ein Schaf, um von dessen Erlös zu leben und bei Regenwetter die Unterkunft in Bauerngehöften bezahlen zu können. Täglich werden einige Schafe geschoren und die Wolle verkauft. 48 Lämmer sind unterwegs von der Herde geboren worden. Alle Tiere sind mohlant und gut bei Fleisch. Es wird langsam gemwandert, viel geruht und an den Landstrahengraben oder auf billig gekauften Futterstätten gefressen. Bisher stellt sich der Transport um zwei Drittel billiger als mit der Eisenbahn.

Hamburg. Bürgererschaft. Wie vorausgesehen war, erregte die zur Beratung stehende Tarifierhöhung in Hamburg für Straßen-, Hoch- und Walddörferbahn, sowie für die Hafen-dampfschiffahrt A.-G. in der Bürgererschaft eine lebhafte Debatte. Die Ursache hierfür wurde im besonderen noch dadurch mit hervorgerufen weil der Senat vorgehen hatte, daß trotz der Erhöhung eine Vergünstigung für Schüler und Fortbildungsschüler nicht stattfinden sollte. Hiergegen wandten sich alle Parteien und nachdem von der Sozialdemokratie ein Antrag Leuterich-Berner, der die Zustimmung zu der Senatsvorlage abhängig machte von der Bedingung, daß die verbilligten Schülerkarten eingeführt werden, eingebracht war, vertagte sich das Haus auf eine halbe Stunde, um zu dieser neuen Situation Stellung nehmen zu können. Als dann die Beratungen wieder aufgenommen waren, ging die Tarifierhöhung mit der beantragten Verringerung der Sozialdemokraten durchs Ziel. Nachdem der Senat sich ebenfalls zu stimmig erklärt hatte, wurde das Gesetz auch sofort in zweiter Lesung verabschiedet. Darauf erfolgte die Beratung über die Erhöhung der Fahrpreise im Hafen. Auch diese Vorlage des Senats wurde angenommen.

Riel. Zur Stärkung der Partei beschloßen die Funktionäre und die Hauptversammlung der SPD., den Parteibeitrag für Männer auf wöchentlich 200 Mk., denjenigen für Frauen auf 50 Mk. festzusetzen.

Odenburg. Das Stimmenverhältnis bei der Landtagswahl.

	1923	1920	bezm. Verlust
Deutschnationale	18 584 (8)	8 602	+ 6 982
Landbund	—	6 497	- 6 497
Deutsche Volkspartei	43 810 (12)	40 431	+ 3 379
Gruppen der Rechten zuf.	57 394 (15)	55 530 (15)	+ 1 864
Demokraten	36 065 (9)	30 108 (7)	+ 5 957
Zentrum	40 810 (10)	39 513 (10)	+ 797
Sozialdemokraten	45 285 (12)	40 832 (11)	+ 4 453
Unabhängige	2 195 (0)	20 234 (5)	- 18 039
Kommunisten	11 815 (2)	2 625 (0)	+ 9 190

Sport.

Am Sonntag, dem 17. Juni finden auf dem Sportplatz Kahrenbrink folgende Spiele statt: 10½ Uhr: Viktoria II. Kiel gegen F. S. B. II. — 1 Uhr: Viktoria I. Jgd., Kiel gegen F. S. B. I. Jgd. — 2 Uhr: Viktoria III, Kiel gegen F. S. B. III. — 3½ Uhr: Viktoria I, Kiel gegen F. S. B. I.

NB. Auf den Plakaten ist ein Fehler unterlaufen; es soll nicht heißen 4½ Uhr, sondern 3½ Uhr. (2957) A. G.

An unsere Leser!

Die erneut ganz unerwartet auftretende Wertveränderung der Mark hat eine weitere erhebliche Steigerung aller Erfordernisse des Zeitungsbetriebes im Gefolge gehabt. Die Zeitungsverlage in Lübeck beschäftigten nur in geringem Maße die starken Wertveränderungen in den Preisen zum Ausdruck zu bringen, können aber nicht ohne eine Vermehrung der Bezugs- und Anzeigenpreise auskommen. Wir bitten daher unsere verehrten Bezugs- und Anzeigenbesteller, davon Vermerk zu nehmen, daß mit dem 15. Juni eine weitere Veränderung der Preise eintritt. Die bei den einzelnen Zeitungen zur Berechnung kommenden Preise sind aus den Köpfen der Zeitungen zu sehen.

Der „Lübecker Volksbote“ folgt nur ungern dieser Notwendigkeit. Aber die ganz gewaltig gestiegenen Ausgaben zwingen ihn, wie die gesamte deutsche Presse, einen Ausgleich zu suchen. Die sozialdemokratische Presse leidet am meisten unter der ungeheuren Preissteigerung, unter dem riesigen Druck der Teuerung. Wir wissen, daß es unseren Lesern schwer fällt, den Preiserhöhungen auf allen Gebieten Herr zu werden. Aber die Zeitung ist in unserer Zeit so notwendig wie das tägliche Brot. Die sozialdemokratische Presse ist das einzige Bindemittel in unserer unheilvollen Zeit. Auf sie verzichten, heißt auf den Kampf verzichten, heißt sich selbst aufgeben. Kein aufgeregter Arbeiter, Angestellter oder Beamter kann die sozialdemokratische Presse entbehren. Sie ist sein Ratgeber und Führer. Und der Freund und Kampfgenosse läßt kein aufrechter Mann im Stich. Deshalb: Haltet dem „Lübecker Volksboten“ die Treue!

SANTAL SEIFE
ist die dankbarste Seife für jede Kinderwäsche; denn sie reinigt rasch, greift die Wäsche nicht an und ist sparsam im Gebrauch